



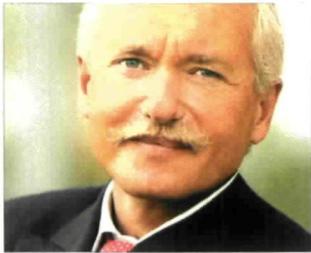
# Bericht der Bundesgeschäftsstelle.

Anlage zum Bericht des Generalsekretärs

21. Parteitag der CDU Deutschlands  
2. – 4. Dezember 2007, Hannover

**CDU**





## Vorwort

Der diesjährige Geschäftsbericht, der vom Dresdner Parteitag Ende November 2006 bis heute reicht, gibt Auskunft über die innerparteiliche Arbeit in den Gremien und Kommissionen, unsere Öffentlichkeitsarbeit, die Wahlkampfaktivitäten sowie die Serviceangebote und die Mitgliederentwicklung. Im Berichtszeitraum fand eine Bürgerschaftswahl in der Hansestadt Bremen statt. Ein Koalitionswechsel weist dem Landesverband Bremen nun die Aufgabe zu, nach einem intensiven Wahlkampf durch eine kraftvolle Oppositionsarbeit eine gute Ausgangslage für die nächsten Wahlen zu schaffen. Wichtige Weichenstellungen in drei Bundesländern stehen bevor. In den zurückliegenden Wochen wurde deshalb in enger Abstimmung und intensiver Zusammenarbeit mit den Landesverbänden Hessen, Niedersachsen und Hamburg die Basis erarbeitet, damit mit Roland Koch, Christian Wulff und Ole von Beust unsere Regierungschefs im Januar und Februar 2008 in ihrer erfolgreichen Arbeit bestätigt werden.

Auf dem 21. Bundesparteitag vom 3. bis 4. Dezember 2007 in Hannover wollen wir das dritte Grundsatzprogramm unserer Partei in der über 60-jährigen Geschichte der Christlich Demokratischen Union Deutschlands diskutieren und beschließen. In den zurückliegenden 20 Monaten wurde in der Grundsatzprogramm-Kommission und ihren Arbeitsgruppen sowie in den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden sowie in den Vereinigungen und Sonderorganisationen unserer Partei intensiv über unsere Grundsätze für Deutschland debattiert. Über 60 000 Zugriffe von Parteimitgliedern auf die Internetseiten des Grundsatzprogramms, über 7 000 konkrete Vorschläge zur Formulierung und rund 2 400 Änderungsanträge zum Grundsatzprogramm-Entwurf auf dem Bundesparteitag zeigen, dass

sich unsere Partei mit großem Engagement den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellt und mit Erfolg darum ringt, die richtigen Antworten zu geben.

Bei einem Grundsatzprogramm-Kongress und fünf Regionalkonferenzen wurde der Programmentwurf innerparteilich zur Diskussion gestellt. Auf einer Dialog-Tour quer durch Deutschland vom 15. bis 31. August 2007 wurde der Grundsatzprogramm-Entwurf mit Multiplikatoren aus Unternehmen, Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden, sozialen Einrichtungen und der Bundeswehr sowie mit vielen Interessen- und Berufsgruppen debattiert. Ziel der Dialog-Tour war eine breite Diskussion mit Menschen aus allen Regionen Deutschlands. Die Tour verlief durch die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Thüringen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hamburg. Per Mausclick konnten Bürger in ganz Deutschland die Dialog-Tour mitverfolgen. Mit fünfminütigen Video-Tagebüchern im Internet wurden die Ereignisse der Tour täglich exklusiv zusammengefasst. Damit wurden so viele Menschen wie nie zuvor in den Dialog mit der CDU einbezogen. Mit dem Internet-Fernsehen zur Dialog-Tour setzte die CDU neue Maßstäbe. Die CDU war die erste Partei in Deutschland, die das Internet-Fernsehen in dieser Form nutzte.

Der Bundesvorstand hat auf seiner Klausurtagung im Januar 2007 beschlossen, neben der Grundsatzprogramm-Arbeit die programmatische Diskussion in Kommissionen fortzuführen. Bei der Kommission „Bewahrung der Schöpfung: Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz“ steht der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Kernanliegen unserer Politik im Mittelpunkt der Diskussion. Die gegenwärtige Generation darf ihr Wohlergehen nicht auf Kosten nachfolgender Generationen realisieren. Die CDU bekennt sich zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, die den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand mit dem Schutz von Natur und

Umwelt in Einklang bringt. Der Schutz unseres Klimas ist eine der größten Herausforderungen an die Politik im 21. Jahrhundert. Es gilt gleichzeitig, negative Umwelteinflüsse in Produkten und in der Nahrung soweit wie möglich zu minimieren. Der Schutz der Verbraucher vor schädlichen Umwelteinflüssen entspricht unserem christlichen und wertebewahrenden Grundverständnis. Mit zwei Plenarsitzungen und mehreren Sitzungen der drei gebildeten Arbeitsgruppen hat die Kommission ihre Arbeit aufgenommen, die im Jahr 2008 zu einem Abschluss gebracht werden soll.

Die Kommission „Neue Bundesländer – Stand der Deutschen Einheit“ hat ihre Arbeit im Sommer 2007 aufgenommen und diskutierte in den letzten Monaten in Plenar- und Arbeitsgruppensitzungen den Stand der Deutschen Einheit, die wirtschaftliche Entwicklung in den Neuen Ländern und die Zukunftsperspektiven im östlichen Teil Deutschlands. Mit Blick auf den 20. Jahrestag des Falls der Mauer und der Wiedervereinigung Deutschlands wird die Kommission im Jahr 2008 ihren Bericht vorlegen.

Im September 2007 hat die Kommission „Solidarisches Bürgergeld“ ihre Arbeit aufgenommen. Die Kommission hat zur Aufgabe, das Konzept des Solidarischen Bürgergelds auf „Herz und Nieren“ zu untersuchen. Vor dem Hintergrund der notwendigen Veränderungen im Steuer- und Sozialsystem ist es für die CDU unerlässlich, auch neue Denkansätze zu prüfen.

Einen besonderen Akzent setzte die Mitgliederwerbekampagne „Farbe bekennen“, die wir während des Parteitages 2006 in Dresden vorgestellt haben. Wir wollen den Trend in der Mitgliederentwicklung umkehren und haben dafür eine eigene, neue Arbeitseinheit geschaffen, die Maßnahmen zur Neumitgliedergewinnung entwickelt und koordiniert. Mit einem „Botschaftermodell“ personalisieren wir die

Mitgliederwerbung in den Kreisverbänden. Und mit unserer Initiative „Frauen gewinnen“, die wir gemeinsam mit der Frauen Union entwickelt haben, intensivieren wir die Werbung von Mitgliedern in einer für uns wichtigen Zielgruppe.

Viele ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiter tragen mit ihrem Einsatz dazu bei, die CDU als die Volkspartei der Mitte in Deutschland lebendig zu halten und zu stärken. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, der Landes-, Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen sowie der Bundesvereinigungen danken wir sehr herzlich für ihr großes persönliches Engagement und ihren tatkräftigen Einsatz. Wir wissen, dass wir uns auch bei den großen Herausforderungen, die 2008 und 2009 auf uns zukommen, darauf verlassen können.

Berlin, 3. Dezember 2007



Ronald Pofalla MdB  
Generalsekretär



Dr. Klaus Schüler  
Bundesgeschäftsführer

## Inhalt

	Seite
<b>1. Gremien</b>	9
1.1. Präsidium	9
1.2. Bundesvorstand	9
1.3. Bundesfinanzkommission	10
1.4. Haushaltsausschuss	10
1.5. Bundesparteigericht	11
<b>2. Kommissionen</b>	12
2.1. Grundsatzprogramm-Kommission	12
2.2. Kommission „Die Schöpfung bewahren: Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz“	13
2.3. Kommission „Neue Bundesländer – Stand der Deutschen Einheit“	14
2.4. Kommission „Solidarisches Bürgergeld“	15
2.5. Arbeitsgruppe „Satzung“	15
2.6. Arbeitsgruppe „Parteiarbeit Neue Länder“	15
2.7. CDU/CSU-Arbeitsgruppe „Betriebliche Bündnisse für Soziale Kapitalpartnerschaften“	16
2.8. Bundesfachausschüsse, Gesprächs- und Arbeitskreise	16
2.8.1. Bundesfachausschüsse	16
2.8.2. <i>Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen</i>	16
2.8.3. Gesprächskreise	17
<b>3. Veranstaltungen und Aktionen</b>	19
3.1. Grundsatzprogramm-Kongress	19
3.2. Regionalkonferenzen	19
3.3. Dialog-Tour	19
3.4. Aktionswoche „Halbzeitbilanz der Bundesregierung“	20
3.5. Veranstaltungen zur Medienpolitik / MediaNight der CDU	20
3.6. Weitere Veranstaltungen der Vorsitzenden und des Generalsekretärs der CDU Deutschlands	21

<b>4.</b>	<b>Wahlkämpfe</b>	22
4.1.	Unterstützung des Wahlkampfes für die Bremische Bürgerschaft	22
4.2.	Vorbereitende Maßnahmen für die Wahlkämpfe in Hessen, Niedersachsen und Hamburg 2008	22
<b>5.</b>	<b>Öffentlichkeitsarbeit</b>	23
5.1.	Mitgliedermagazin „Union“	23
5.2.	Union in Deutschland (UiD)	23
5.3.	Die Internet-Angebote der Bundespartei	23
5.4.	Mediaservice	25
5.5.	Werbematerialien	26
5.6.	CRM	26
5.7.	Team Bürgerservice	26
5.8.	Mitgliederwerbekampagne	27
5.9.	Pressearbeit	30
<b>6.</b>	<b>Interne Kommunikation und Service</b>	31
6.1.	Landesgeschäftsführer-Konferenzen	31
6.2.	Kreisvorsitzenden-Konferenzen	31
6.3.	Kreisgeschäftsführer-Seminar	31
6.4.	Bundesrednereinsatz / Referentenvermittlung	32
6.5.	Besucherdienst im Konrad-Adenauer-Haus	32
<b>7.</b>	<b>Mitgliederentwicklung</b>	33
7.1.	Mitgliedschaft insgesamt	33
7.2.	Mitgliedschaft nach Alter und Geschlecht	33
7.3.	Mitgliedschaft nach Regionen	34
7.4.	Mitgliedschaft nach Strukturen	34
<b>8.</b>	<b>Politischer Arbeitskalender</b>	35

## 1. Gremien

### 1.1. Präsidium

Das Präsidium kam seit dem 20. Parteitag in Dresden bis einschließlich 5. November 2007 zu 22 Sitzungen zusammen. Neben dem Bericht zur aktuellen Lage durch die Vorsitzende wurden folgende Themen behandelt:

- Ausbildungspakt/Situation am Lehrstellenmarkt
- Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Außenpolitische Herausforderungen
- Bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuung
- Bekämpfung von Kinderarmut
- Bericht des Generalsekretärs zur Reise nach Belarus vom 23. bis 24. Januar 2007
- Beteiligung von Arbeitnehmern am Unternehmenskapital
- Bundeshaushalt 2008/Finanzpolitik
- Einberufung von Bundesfachausschüssen
- Einsetzung der Kommission „Stand der Deutschen Einheit“
- Einsetzung der Kommission „Bewahrung der Schöpfung“
- Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms
- EU-Ratspräsidentschaft/Berliner Gipfel
- Föderalismusreformen I und II
- Halbzeitbilanz der Bundesregierung/ Aktionswoche der CDU Deutschlands vom 5. bis 11. November 2007
- Innere Sicherheit
- Jahresplanung 2007
- Reformen am Arbeitsmarkt
- Reform der Bahn AG
- Reform der Erbschaftsteuer
- Reform der Pflegeversicherung
- Reform der Unternehmensteuer
- Strategische Standortpolitik bei ausländischen Unternehmensbeteiligungen
- Verabschiedung des Rechenschaftsberichts 2006
- Vorbereitung des Bundesparteitages 2007
- Vorbereitung und Analyse der Bürgerschaftswahl in Bremen

- Vorbereitung der Landtagswahlen 2008
- Vorbereitung des G8-Gipfels von Heiligendamm

Im Berichtszeitraum fand zudem folgende außerordentliche Sitzung statt:

Gespräch mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) am Dienstag, dem 30. Januar 2007, in Berlin, mit folgenden Themen

- Grundsatzprogramm der CDU
- Soziale Dimension der Politik
  1. Benachteiligte Jugendliche gerecht beteiligen
  2. Investivlohn
  3. Sonntagsschutz
- Spätabtreibung, Patientenverfügung, Stammzellengesetz
- Dialog der Religionen
- Bleiberecht, Zuwanderung, Integration

### 1.2. Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu 12 Sitzungen sowie zu zwei Klausursitzungen zusammen. Neben dem Bericht der Vorsitzenden zur aktuellen Lage wurden folgende Themen behandelt:

- Aktionswoche der CDU Deutschlands vom 5. bis 11. November 2007
- Analyse der Landtagswahl in Bremen
- Arbeitsmarktpolitik
- Beratung und Beschluss der Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Satzung der CDU“ für den Bundesparteitag
- Beratung und Beschluss des Antrags „Kinderarmut in Deutschland bekämpfen – Chancengesellschaft leben“
- Beratung und Beschluss des Antrags an den Bundesparteitag „In Chancen denken – Strategische Standortpolitik für Deutschland“
- Beratung und Beschluss zur Einrichtung von Bundesfachausschüssen
- Beratung und Beschluss zur Einsetzung der



Antragskommission für den Bundesparteitag in Hannover

- Berufung des Revisionsbeauftragten
- Beschluss Etat 2007 und mittelfristige Finanzplanung
- Beschluss zur Einsetzung der Kommission „Neue Bundesländer – Stand der Deutschen Einheit“
- Bestellung des Finanzbeauftragten
- Ehrenamt / Gemeinnützigkeitsgesetz
- Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan
- Einsetzung Arbeitsgruppe „Satzung der CDU“
- Einsetzung der Kommission „Bewahrung der Schöpfung“
- EU-Ratspräsidentschaft und G8-Vorsitz
- Gesundheitsreform
- Grundsatzprogramm / Beschlussfassung der Grundsatzprogramm-Kommission vom 7. Mai 2007
- Halbjahresbilanz EU-Ratspräsidentschaft
- Bundeshaushalt 2008 / Finanzpolitik
- Hausverein der CDU e.V.
- Kinderarmut in Deutschland
- Klausurtagung 2007 in Bremen
- Raketenabwehr
- Neuberufung in die Bundesfinanzkommission
- Rechenschaftsbericht 2006
- Reformen am Arbeitsmarkt
- Rückblick G8 / Ausblick auf EU-Gipfel
- Stand der Föderalismus II-Reform
- Stand der Grundsatzprogramm-Arbeit („Familie“)
- Stand der Grundsatzprogramm-Arbeit („Staat / Innere Sicherheit“)
- Stand der Grundsatzprogramm-Arbeit („Staatsfinanzen und Umweltpolitik“)
- Stand der Grundsatzprogramm-Arbeit („Wirtschaft und Arbeit“ und „Neue Länder“)
- Vorbereitung Bundesparteitag in Hannover
- Wahl der Mitglieder des Haushaltsausschusses
- Zwischenbericht zur Debatte Grundsatzprogramm

### Klausurtagungen Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zweimal zu Klausurtagungen zusammen.

#### Dabei wurden folgende Themen behandelt:

- Ausblick auf das 2. Halbjahr 2007
- Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Beratung und Beschluss des Antrages an den Bundesparteitag „Grundsätze für Deutschland. Entwurf des neuen Grundsatzprogramms“
- Bremer Erklärung
- Gespräch mit Ministerpräsident Frederik Reinfeldt, Schweden
- Jahresplanung 2007
- Rückblick EU-Ratspräsidentschaft
- Stand der Grundsatzprogramm-Arbeit (Grundwerte u. a.)

### 1.3. Bundesfinanzkommission

Vorsitz: Bundesschatzmeister  
Eckart von Klaeden MdB

**Im Berichtszeitraum fand am 16. Februar 2007 eine Sitzung statt. Dabei wurden folgende Themen behandelt:**

- Aktuelle finanzielle Entwicklung der Bundespartei
- Finanzielle Lage der Stiftung Versorgungswerk
- Innerparteilicher Finanzausgleich für das Jahr 2007

### 1.4. Haushaltsausschuss

Vorsitz: Bundesschatzmeister  
Eckart von Klaeden MdB

**Im Berichtszeitraum fanden drei Sitzungen statt: am 17. September, am 22. Oktober und am 5. November 2007.**

**Dabei wurden folgende Themen behandelt:**

- Aktuelle finanzielle Entwicklung der Bundespartei
- Aufstellung des Etats der Bundespartei für 2008
- Mittelfristige Finanzplanung der Bundespartei 2009 bis 2011
- Rechenschaftsbericht der CDU für das Jahr 2006

**1.5. Bundesparteigericht**

Vorsitz: Dr. Pia Rumler-Detzel

**Das Bundesparteigericht der CDU trat im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen zusammen: 28. November 2006, 15. Mai 2007, 6. November 2007**

Aus der Zeit vor dem Berichtszeitraum waren fünf Parteigerichtsverfahren anhängig:

- Parteiausschluss
- Parteiordnungsverfahren
- drei Wahlanfechtungen

Während des Berichtszeitraums wurde das Bundesparteigericht in sechs Parteigerichtssachen angerufen:

- Beschlussanfechtung
- Einstweilige Anordnung
- vier Wahlanfechtungen

Zurzeit sind beim Bundesparteigericht noch drei Parteigerichtsverfahren anhängig:

- Parteiausschluss
- zwei Wahlanfechtungen



Grundsätze  
für Deutschland.



Grundsätze  
für Deutschland.



## 2. Kommissionen

### 2.1. Grundsatzprogramm-Kommission

Vorsitz: Ronald Pofalla MdB  
Stellvertreter: Dr. Annette Schavan MdB,  
Dieter Althaus MdL, Peter  
Müller MdL  
Geschäftsführer: Joachim Koschnicke /  
Lutz Stroppe

Die Grundsatzprogramm-Kommission wurde durch Beschluss des Bundesvorstands vom 7. Januar 2006 eingesetzt. Die 69 Mitglieder erarbeiteten vom 25. April 2006 bis zum 22. Juni 2007 den ersten Entwurf des neuen Grundsatzprogramms. Zum Bundesparteitag 2006 konnte bereits eine erste Zwischenbilanz gezogen werden. Danach tagte die Kommission im Berichtszeitraum weitere sechs Mal in ordentlicher Sitzung und zweimal in Klausur. Die gebildeten 18 Arbeitsgruppen wurden beibehalten und erarbeiteten 21 Diskussionspapiere, auf deren Grundlage der erste Entwurf verfasst wurde.

Im Rahmen der Plenarsitzungen wurden hauptsächlich die Ergebnisse der Arbeitsgruppen diskutiert und abgestimmt, darüber hinaus aber auch Fragen der Zeitplanung, der redaktionellen Überarbeitung oder der Einbindung der Mitglieder und der interessierten Öffentlichkeit erörtert.

Die Kommission beriet in ihrer 7. Sitzung am 11. Dezember 2006 die Arbeitsgruppenpapiere „Internationale Soziale Marktwirtschaft“, „Außen- und Sicherheitspolitik“ und „Wirtschaftliche Zusammenarbeit“. Das Papier „Europa“ wurde in dieser Sitzung abschließend beraten. In der darauffolgenden 8. Sitzung am 22. Februar 2007 wurden die Ergebnisse zu den Themenbereichen „Soziale Sicherungssysteme“, „Kultur und Medien“ sowie zu „Staatsfinanzen“ abgestimmt. Die Bereiche „Wirtschaft und Arbeit“, „Staat/Innere Sicherheit“, „Verantwortung der Unternehmer“, „Integration“ sowie „Außen- und Sicherheitspolitik“ konnten in der 9. Sitzung vom 5. Februar 2007 diskutiert werden. Die Kommission erörterte in

der 10. Sitzung vom 26. Februar 2007 erstmalig die Entwürfe der Komplexe „Bewahrung der Schöpfung“, „Bioethik“, „Herausforderungen unserer Zeit“, „Soziale Sicherung“ und „Soziale Marktwirtschaft“. Vom 23. bis 24. März 2007 fand die 3. Klausurtagung statt, in der die Kapitel „Bewahrung der Schöpfung“, „Neue Länder“, „Freiheit und Sicherheit“ sowie „Integration“ abgestimmt wurden.

Nachdem alle Arbeitsgruppenpapiere redaktionell angeglichen waren, wurden sie im Vorfeld des nächsten Sitzungstermins zu einem Gesamtentwurf zusammengefügt. In dieser 4. Klausurtagung vom 20. bis 21. April 2007 wurde der erste Entwurf ausführlich diskutiert. Die beschlossenen Änderungswünsche wurden in den Text eingepflegt und der Kommission in der 11. Plenarsitzung vom 7. Mai 2007 zur Diskussion gestellt. An dieser Sitzung nahm auch die Parteivorsitzende teil.

Im Vorfeld, am 14. März 2007, hatte der Generalsekretär begonnen, alle Vereinigungen der Partei und die Vorstände der Landesverbände zu konsultieren. Diese Treffen mit den Spitzengremien auf Landes- und Vereinigungsebene dienten einerseits der Information der Vorstände über die Grundsatzprogramm-Arbeit und andererseits eröffneten diese die Möglichkeit, Impulse in die Grundsatzprogramm-Kommission zu geben. Der Generalsekretär diskutierte bei allen Treffen den ersten Entwurf und trug die Änderungswünsche in die Kommission.

Nachdem die Vorschläge den Weg in den Text gefunden hatten, wurde dieser abschließend in der 12. Plenarsitzung vom 22. Juni 2007 einstimmig angenommen und an den Bundesvorstand verwiesen. Dieser diskutierte den Programm-entwurf ebenfalls und beschloss ihn einstimmig in seiner Klausurtagung vom 1. bis 2. Juli 2007. Mit der Abstimmung im Bundesvorstand endete die Erarbeitungsphase des Grundsatzprogramms. Der Entwurf wurde damit zum Antrag an den Bundesparteitag und die antragsberechtigten Gliederungen konnten ihre Änderungsan-

träge einreichen, die dem Bundesparteitag zur Beschlussfassung vorgelegt wurden.

Parallel zur Arbeit der Kommission wurden verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten für Mitglieder und interessierten Bürger angeboten:

Als erste Partei Deutschlands bot die CDU „Virtuelle Arbeitskreise“ an. Damit konnten die Mitglieder zeitlich und örtlich unabhängig am Grundsatzprogramm mitarbeiten. Der Zugang zu den Virtuellen Arbeitskreisen stand jedem Mitglied im Mitgliedernetz offen. Es gab 17 Virtuelle Arbeitskreise, deren Zuschnitt den Arbeitskreisen der Grundsatzprogramm-Kommission entsprach. Die Diskussionen verliefen lebhaft und engagiert. Rund 7 000 Beiträge wurden verfasst, die Beiträge insgesamt rund 60 000 Mal aufgerufen. Die Virtuellen Arbeitskreise wurden mit Beginn des Prozesses im Februar 2006 ins Netz gestellt. Die Seiten auf der Homepage der CDU zum Grundsatzprogramm und die Leitfragen wurden seit der Verabschiedung mehr als 60 000 Mal im Internet aufgerufen.

Ergänzend zu den Virtuellen Arbeitskreisen bot die CDU sowohl für Mitglieder als auch für Nicht-Mitglieder die Beteiligungsmöglichkeit „10 Zeilen für Deutschland“ an. Im Rahmen der Aktion konnten alle Bürgerinnen und Bürger postalisch auf elektronisch bereitgestellten Eingabefeldern oder auf eigens vorbereiteten Postkarten ihre Erwartungen an das neue Grundsatzprogramm einbringen. Für Mitglieder wurden die Postkarten im Mitgliedermagazin UNION an alle CDU-Haushalte versandt; für Nicht-Mitglieder bestand die Online-Beteiligungsmöglichkeit.

Darüber hinaus wurde ein Forum im Mitgliedernetz zum Leitanspruch des Bundesvorstands ab Juli 2007 eingerichtet. Ein Live-Chat im CDU-Mitgliedernetz mit dem Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, Generalsekretär Ronald Pofalla, rundete die „virtuellen“ Mitwirkungsmöglichkeiten ab.

Vom 15. bis 31. August 2007 unternahm der Generalsekretär eine Sommertour durch Deutsch-

land. Diese Dialog-Tour diente der Diskussion des Leitanspruchs: Interessierte Bürger erhielten die Möglichkeit, direkt mit dem Generalsekretär ins Gespräch zu kommen. Auf dem Tourplan standen Diskussionen beispielsweise in Unternehmen, sozialen Einrichtungen, Gewerkschaften, Verbänden und bei der Bundeswehr, ein Treffen mit Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl sowie Bürgerfeste in den Innenstädten.

Der Dialog-Tour folgte der zweite Grundsatzprogramm-Kongress in Hanau am 4. September 2007. Der Kongress diente der direkten Auseinandersetzung mit dem Antrag zum Bundesparteitag. Die über 1 200 Gäste diskutierten in acht Foren mit Podiumsteilnehmern über den vorliegenden Programmentwurf.

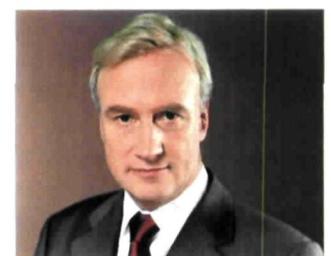
Vom 14. September bis zum 26. Oktober 2007 folgten fünf Regionalkonferenzen in Berlin, Stuttgart, Hamburg, Essen und Frankenthal, an der über 7 000 Parteimitglieder teilnahmen. Im Vorfeld jeder Konferenz traf sich der Generalsekretär mit den jeweiligen Kreisvorsitzenden und Grundsatzprogramm-Beauftragten und diskutierte mit ihnen den Programmentwurf.

Zusätzlich zu den bereitgestellten Beteiligungsmöglichkeiten haben sich zahlreiche Mitglieder und Bürger über Zuschriften direkt an die Bundesgeschäftsstelle gewandt und ihre Meinung kommuniziert; die Bundesgeschäftsstelle konnte ca. 600 Anfragen registrieren.

## 2.2. Kommission „Die Schöpfung bewahren: Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz“

Vorsitz: Ole von Beust  
 Stellvertreter: Dr. Peter Paziorek, Tanja Gönner, Julia Klöckner MdB  
 Geschäftsführer: Monika Bendig/Gabriele Hopp

Die Kommission „Schöpfung bewahren – Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz“ wird von dem Ersten Bürgermeister der Stadt Ham-



burg, Ole von Beust, geleitet. Ziel ist es, die Themen Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz stärker zu akzentuieren, die im Grundsatzprogramm erarbeiteten „Leitplanken“ mit Leben zu füllen und die Zukunftsfähigkeit der Partei in diesen Themenbereichen unter Beweis zu stellen.

Die Kommission besteht aus 35 Mitgliedern und gliedert sich in die Unterkommissionen „Klimaschutz“, „Umweltschutz“ und „Verbraucherschutz“.

Die Konstituierung der Kommission erfolgte am 14. Mai 2007. Am 5. November fand eine weitere Sitzung statt, in der erste Ergebnisse der Unterkommissionen sowie die Abstimmung der weiteren Programm- und Arbeitsplanung erörtert wurden.

Am 5. Juli 2007 hat die **Unterkommission „Klimaschutz“** unter Vorsitz von **Dr. Peter Paziorek**, Regierungspräsident der Bezirksregierung Münster, ihre Arbeit aufgenommen. Eine weitere Sitzung fand am 22. Oktober 2007 statt.

Ziel ist es, eine nachhaltige Entwicklung zu skizzieren, die den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand mit dem Schutz des Klimas und der Umwelt in Einklang bringt und dabei auf innovative Lösungen und intelligente technologische Konzepte setzt. Im Mittelpunkt stehen der internationale Klimaschutz – aber auch Maßnahmenvorschläge auf nationaler Ebene sowie Anpassungsstrategien an die zu erwartenden regionalen Klimaänderungen.

Am 17. September 2007 hat sich die **Unterkommission „Umweltschutz“** konstituiert. Vorsitzende der Arbeitsgruppe ist die Umweltministerin des Landes Baden-Württemberg, **Tanja Gönner**.



Die Arbeitsgruppe will zukunftsorientierte Konzepte für eine Umweltpolitik mit Maß und Mitte erarbeiten. Themenschwerpunkte der Arbeitsgruppe sind geeignete Steuerungsinstrumente im Umweltschutz, Naturschutz und zu Artenvielfalt, Bodenschutz und Flächenmanage-

ment, für umweltverträgliche Verkehrsentwicklung, zu Umwelt und Gesundheit sowie Gewässer- und Hochwasserschutz.

Die **Unterkommission Verbraucherschutz** wird von **Julia Klöckner**, Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Verbraucherschutz, geleitet. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen die Rolle der Verbraucher, ihre Rechte und Interessen, sowie die Schaffung fairer Marktbedingungen für die Verbraucher. Ziel ist es, die verbraucherpolitischen Aussagen des neuen Grundsatzprogramms in konkrete Politik zu übersetzen. Das Leitbild der CDU ist dabei der mündige und informierte Verbraucher, der als wesentlicher Teil des Wirtschaftsgeschehens die Globalisierung und seine Lebensumwelt mit gestaltet. Die Themen reichen von Produktionsstandards und Kennzeichnung für sichere Lebensmittel und Produkte, Orientierung bei Finanz- und Gesundheitsdienstleistungen und digitalem Verbraucherschutz bis hin zur Durchsetzung von Verbraucherrechten im nationalen und im europäischen Kontext.

Die Unterkommission Verbraucherschutz hat bisher drei Sitzungen abgehalten. Nach ihrer Konstituierung am 2. Juli 2007 hat sie am 17. September 2007 zusammen mit den verbraucherpolitischen Sprechern der CDU-Landtagsfraktionen, mit den Vorständen des Verbraucherzentrale Bundesverbands, Gerd Billen, und der Stiftung Warentest, Dr. Werner Brinkmann, aktuelle Herausforderungen der Verbraucherpolitik erörtert. Am 5. November 2007 stand das Thema Verbraucherbildung auf der Tagesordnung.

### 2.3. Kommission „Neue Bundesländer – Stand der Deutschen Einheit“

Vorsitz:	Prof. Dr. Dagmar Schipanski MdB
Stellvertreter:	Dr. Rainer Haseloff, Steffen Kampeter MdB
Geschäftsführer:	Dr. Vera A. Touché

Mit Blick auf den 20. Jahrestag des Mauerfalls und der Wiedervereinigung Deutschlands beschloss der Bundesvorstand am 12. und 13. Januar 2007, eine Kommission zu errichten, die den Stand der Deutschen Einheit aufarbeiten und – vor dem Hintergrund des Erreichten – Zukunftsperspektiven für die Neuen Länder entwickeln soll.

Die Kommission wird von der Präsidentin des Thüringer Landtags, **Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski**, geleitet. Als ihre Stellvertreter wurden **Dr. Rainer Haseloff**, Minister für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt, sowie Stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Sachsen-Anhalt, und **Steffen Kampeter**, hauspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, berufen. Am 2. Juli 2007 fand die konstituierende Sitzung in der CDU-Bundesgeschäftsstelle statt.

Mit Blick auf die Aufgabenstellung der Kommission wurden drei Arbeitsgruppen gebildet. Die Vorsitzende der Kommission, Frau Prof. Schipanski, leitet die Arbeitsgruppe „**Die deutsche Gesellschaft im Einigungsprozess**“. Herr Dr. Haseloff sitzt der Arbeitsgruppe „**Aufarbeitung SED-Diktatur/DDR-Geschichte**“ vor. Herr Kampeter ist für das Thema „**Entwicklung von Wirtschaft und Infrastruktur**“ zuständig.

Im Berichtszeitraum haben insgesamt sechs Sitzungen der Arbeitsgruppen und ein Symposium stattgefunden.

#### 2.4. Kommission „Solidarisches Bürgergeld“

Vorsitz: Dieter Althaus MdL  
Geschäftsführer: Torsten Fischer/  
Mathias Hübscher

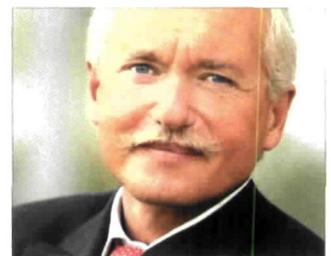
Unter Leitung des Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen, Dieter Althaus, nahm die Kommission Solidarisches Bürgergeld am 17. September 2007 ihre Arbeit auf. Zielstellung

der Kommissionsarbeit ist es, das Thema "Solidarisches Bürgergeld" sachlich zu begleiten. Dabei wird man sich u. a. besonders mit den Fragen der Finanzierung sowie der rechtlichen Beurteilung beschäftigen.

#### 2.5. Arbeitsgruppe „Satzung“

Vorsitz: Dr. Klaus Schüler  
Geschäftsführer: Peter Brörmann

Der Bundesvorstand der CDU hatte am 12. Januar 2007 die Einsetzung der Arbeitsgruppe „Satzung“ beschlossen, die am 9. Mai, 6. Juni und 4. Juli 2007 tagte. Auftrag der Arbeitsgruppe war die Beratung von Anträgen zur Änderung des Statuts der CDU und seiner Bestandteile. Das Beratungsergebnis wurde dem Bundesvorstand in einem Bericht vorgelegt. Dieser war Grundlage des Antrags des Bundesvorstands vom 17. September 2007 an den 21. Parteitag in Hannover.



#### 2.6. Arbeitsgruppe „Parteiarbeit Neue Länder“

Vorsitz: Klaus-Dieter Götz

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben sich in sieben Sitzungen mit der Analyse und Fragen zur Verbesserung der Parteiarbeit in den neuen Landesverbänden befasst. Der Arbeitsgruppe war es dabei wichtig, die Erfahrungen und Probleme aus den Orts- und Kreisverbänden aufzunehmen. Deshalb wurden zu allen Veranstaltungen erfahrene Kreis- und Ortsvorsitzende sowie Kreisgeschäftsführer eingeladen. Ihre Vorschläge und Anregungen sind Bestandteil des Berichts der Arbeitsgruppe.





## 2.7. CDU/CSU-Arbeitsgruppe „Betriebliche Bündnisse für Soziale Kapitalpartnerschaften“

Vorsitz: Karl-Josef Laumann MdL  
Erwin Huber MdL  
Geschäftsführer: Heribert Hennemann

Die gemeinsame Arbeitsgruppe von CDU und CSU hat im ersten Halbjahr 2007 gemeinsame Positionen der beiden Parteien im Sinne einer sozialen Kapitalpartnerschaft für mehr Arbeitnehmerbeteiligung an Gewinn und Kapital der Unternehmen erarbeitet. Die Union möchte Beschäftigten die Möglichkeit eines Kapitaleinkommens als zusätzliche Lohn- und Gehaltsquelle sowie als Vorsorge für das Alter eröffnen. Denn Gewinne und Kapitaleinkommen sind in den vergangenen Jahren deutlich stärker gestiegen als Arbeitseinkommen. Die Mitarbeiterbeteiligung eröffnet für die Arbeitnehmer die Möglichkeit, zu einem größeren Anteil am Volkseinkommen zu gelangen – für die Unternehmen die Möglichkeit, produktiver und damit wettbewerbsfähiger zu werden. Am 29. Juni 2007 haben die beiden AG-Vorsitzenden das Unions-Konzept unter dem Titel „Betriebliche Bündnisse für Soziale Kapitalpartnerschaften“ der Presse vorgestellt. Im November 2007 ist unter der Führung von Karl-Josef Laumann und Erwin Huber auf Seiten der Union eine Arbeitsgemeinschaft der Bundesregierung zusammengetreten.



## 2.8. Bundesfachausschüsse, Gesprächs- und Arbeitskreise

### 2.8.1. Bundesfachausschüsse

Die Bundesfachausschüsse für die laufende Legislaturperiode waren wegen der intensiven Arbeit am Grundsatzprogramm bisher nicht berufen worden (vgl. Geschäftsbericht 2006). Der Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 22. Oktober 2007 beschlossen, mit Wirkung zum Jahresende folgende Bundesfachausschüsse, Gesprächs- und Arbeitskreise einzurichten:

### Einsetzung von Bundesfachausschüssen:

- Bundesfachausschuss Innenpolitik und Integration
- Bundesfachausschuss Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik
- Bundesfachausschuss Ernährung und Landwirtschaft
- Bundesfachausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Bundesfachausschuss Arbeit und Sozialpolitik
- Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation
- Bundesfachausschuss Außen-, Europa und Sicherheitspolitik
- Bundesfachausschuss Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte

### Einsetzung von Gesprächskreisen:

- Gesprächskreis Sport mit Arbeitskreis Leistungssport
- Gesprächskreis Kultur

### Einsetzung von Sondergremien:

- Aussiedlerbeauftragtenkonferenz

### 2.8.2. Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen

#### Tätigkeitsbericht des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) Januar 2007 bis November 2007

Vorsitz: Dr. Norbert Röttgen MdB

Stellvertreter: Prof. Dr. Thomas Pfeiffer  
Staatsrat Dr. Detlef Gottschalck  
Minister Harald Schliemann  
Ministerin a. D. Barbara Richstein MdL

Geschäftsführer: Dr. Hans-Jörg Dietsche

- 6. Februar 2007 Bünde/Westfalen,  
**Veranstaltung der AG „Schlanker Staat“ in  
Kooperation mit der Fachhochschule des  
Mittelstands zum Bürokratieabbau**

- 26. Februar 2007 Nordrhein-Westfälische Landesvertretung, Brüssel
- 27. Februar 2007 **Klausurtagung der Fachkommission Europa**
- 2. März 2007 Konrad-Adenauer-Haus, Berlin, **AG Grundsatzprogramm**
- 2. März 2007 Parlamentarische Gesellschaft, Deutscher Bundestag, Berlin, **Gemeinsame Tagung der Vorsitzenden von BACDJ und der LACDJ´s mit dem rechtspolitischen Sprecher der Bundestags- und den rechtspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen**
- 2. März 2007 Konrad-Adenauer-Haus, Berlin, **Sitzung des erweiterten Vorstands**
- 30. März 2007 Konrad-Adenauer-Haus, Berlin, **AG Grundsatzprogramm**
- 5. Juni 2007 Konrad-Adenauer-Haus, Berlin, **AG „Bologna“**
- 29. Juni 2007 Konrad-Adenauer-Haus, Berlin, **Vorstandssitzung**
- 29. Juni 2007 Konrad-Adenauer-Haus, Berlin, **Mitgliederversammlung**
- 27. August 2007 Konrad-Adenauer-Haus, Berlin, **AG „Bologna“**
- 11. Oktober 2007 Konrad-Adenauer-Haus, Berlin, **Fachkommission Europa**
- 5. November 2007 Konrad-Adenauer-Haus, Berlin, **AG „Bologna“**
- 30. November 2007 Konrad-Adenauer-Haus, Berlin, **Arbeitskreis an den Obersten Gerichtshöfen des Bundes**
- 30. November 2007 Konrad-Adenauer-Haus, Berlin, **Vorstandssitzung**

- 30. November 2007 Konrad-Adenauer-Haus, Berlin, **Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstands**

### 2.8.3. Gesprächskreise

#### Medienpolitischer Expertenkreis der CDU Deutschlands

Vorsitz: Günther H. Oettinger MdL  
Geschäftsführer: Ulrike Fresenius

Der Medienpolitische Expertenkreis der CDU Deutschlands hat sich in seiner ersten Sitzung am 11. Dezember 2006 auf Beschluss des Bundesvorstandes konstituiert. Den Vorsitz hat Ministerpräsident Günther H. Oettinger inne. Mitglieder sind zum einen Medienpolitiker aus Europa, Bund und den Ländern und zum anderen Experten aus der Praxis. Der Kreis umfasst insgesamt rund 25 Personen.

Seit seiner Konstituierung hat sich der Medienpolitische Expertenkreis im Jahr 2007 weitere drei Mal getroffen. Im Einzelnen befasste er sich mit folgenden Themen:

- Digitalisierung
- Zukunft der Rundfunkgebühren
- Urteil des Bundesverfassungsgerichts
- 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag
- Grundverschlüsselung
- CDU-Grundsatzprogramm
- Europäische Medienpolitik: TK-Paket, EU-Fernsehrichtlinie

Außerdem hat sich ein kleinerer Arbeitskreis unter der Regie von Ministerpräsident Oettinger im Sommer zwei Mal mit dem 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag befasst. Ziel war es, dass dort erarbeitete Vorschläge durch Ministerpräsident Oettinger in die Ministerpräsidentenkonferenz eingebracht werden, die über den 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag entschieden haben.





### Dialogforum Musikwirtschaft

Vorsitz: Steffen Kampeter MdB  
Geschäftsführer: Ulrike Fresenius

Im Berichtszeitraum fanden zwei Sitzungen des Dialogforums Musikwirtschaft statt.

Im Einzelnen befasste sich das Dialogforum mit folgenden Themen:

- Sachstand Initiative Musik
- Bilanz des 2. Korbs der Urheberrechtsnovelle
- Vorratsdatenspeicherung und damit verbundene Probleme für die Musikindustrie
- Förderung von kreativwirtschaftlichen Unternehmensgründungen
- Schutzfristen im Urheberrecht für ausübende Künstler und Tonträgerhersteller
- Die "analoge Lücke" im Urheberrecht



### Oberbürgermeisterkreis

Vorsitz: Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel MdB  
Geschäftsführer: Dr. Vera A. Touché

Der Gesprächskreis der Oberbürgermeister tagte am 25. Oktober 2007 in Berlin. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Integrationsbemühungen von Bund, Ländern und Kommunen, die Reform der Pflegeversicherung, des ALG II, die Kosten der Unterkunft sowie die Bahnreform.

## 3. Veranstaltungen und Aktionen

### 3.1. Grundsatzprogramm-Kongress

Über dem zweiten Grundsatzprogramm-Kongress am 4. September 2007 in Hanau stand das Motto „Grundsätze für Deutschland“. Die Veranstaltung wurde von 1 200 Mitgliedern zur Diskussion über das neue Grundsatzprogramm genutzt. Nach einer einführenden Grundsatzrede der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, wurden in acht Foren die Themen Leitkultur, Familienpolitik, Globalisierung, Integration, Chancengesellschaft, Bildung, Klima sowie Außen- und Sicherheitspolitik diskutiert.

### 3.2. Regionalkonferenzen

Bei der Diskussion zum neuen Grundsatzprogramm der CDU stellten die fünf Regionalkonferenzen wiederum einen Schwerpunkt in der Parteiarbeit dar. Waren sie im vergangenen Jahr der Auftakt der Diskussion, haben sie in diesem Jahr wesentlich zur endgültigen Ausformulierung des Grundsatzprogramm-Entwurfs beigetragen. Über 7 000 Mitglieder aus allen Ebenen der Partei debattierten intensiv über das neue Grundsatzprogramm. An allen Regionalkonferenzen nahmen die Parteivorsitzende und der Generalsekretär teil.

#### Folgende Regionalkonferenzen fanden statt:

- Landesverbände Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 14. September 2007 in der Ullstein-Halle in Berlin: Teilnehmer: 1 000 Personen.
- Landesverband Baden-Württemberg am 21. September 2007 im Internationalen Congresscenter Stuttgart. Teilnehmer: 2 000 Personen.

- Landesverbände Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein am 12. Oktober 2007 im CongressCentrum Hamburg. Teilnehmer: 1 200 Personen.
- Landesverband Nordrhein-Westfalen am 16. Oktober 2007 in der Gruga-Halle in Essen. Teilnehmer: 2 000 Personen.
- Landesverbände Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland am 26. Oktober 2007 im Congress-Forum Frankenthal. Teilnehmer: 900 Personen.

### 3.3. Dialog-Tour

Im Vorfeld des Bundesparteitages 2007 in Hannover fand vom 15. bis 31. August 2007 die Dialogtour der CDU Deutschlands mit Generalsekretär Ronald Pofalla statt. In insgesamt 33 Terminen diskutierte der Generalsekretär vor Ort mit Menschen aus allen Regionen Deutschlands über das neue Grundsatzprogramm. Auf dem Tourplan standen daher Besuche bei Unternehmen, sozialen und wissenschaftlichen Einrichtungen, Gewerkschaften, sonstigen Verbänden und der Bundeswehr.

#### Der Generalsekretär besuchte unter anderem

- das Sanitätskommando III der Bundeswehr in Weißenfels,
- das „Gründerzentrum BioCentiv“ in Jena,
- das „ForWind – Zentrum für Windenergieforschung der Universität Oldenburg“,
- den Bio-Bauernhof „Schultenhof“ in Hattingen und
- die „Aker MTW Werft“ in Wismar.

Die Spannweite der geführten Gespräche reichte vom Vorstand der deutschen Börse in Frankfurt am Main bis zu Vertretern der CDU-Betriebsräte. Darüber hinaus sprach der Generalsekretär u. a. mit dem Vorstandsvorsitzenden der DaimlerChrysler AG, Dr. Dieter Zetsche, in Stuttgart und mit dem IG-Metall-Vorsitzenden





Jürgen Peters in Frankfurt am Main. Einen Höhepunkt bildete die Diskussionsrunde mit Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl in Deidesheim. Ihren Abschluss fand die Dialog-Tour nach über 5 000 Kilometern im Tour-Bus beim Sommerfest der CDU in Hannover.

### 3.4. Aktionswoche „Halbzeitbilanz der Bundesregierung“

#### Aktionswoche zur Halbzeitbilanz

Mit Ablauf der ersten Hälfte der Legislaturperiode 2005 – 2009 führte die CDU Deutschlands vom 5. bis 11. November 2007 eine Aktionswoche unter dem Motto „Zuversicht für Deutschland<sup>©CDU</sup>“ durch. Zum Auftakt erläuterte Generalsekretär Ronald Pofalla im Konrad-Adenauer-Haus die erfolgreiche Halbzeitbilanz der Regierung Angela Merkel und stellte die weiteren Ziele der CDU für die zweite Halbzeit heraus. Unter dem Motto „Zuversicht für Deutschland“ fanden diverse Veranstaltungen mit Mitgliedern des Präsidiums, insbesondere in den drei wahlkampfführenden Landesverbänden statt.

#### Produzierte Materialien

Zur Unterstützung der Aktionswoche stellte die CDU-Bundesgeschäftsstelle eigene Informations- und Werbematerialien her:

- eine Broschüre zur Halbzeitbilanz mit den wichtigsten Erfolgen und mit weiteren Zielen der CDU,
- ein Postkarten-Set mit Kurzinformationen zur Halbzeitbilanz, zum Verteilen oder als Argumentations- und Vortragshilfe,
- ein Plakat DIN A 1 mit dem Slogan „Zuversicht für Deutschland<sup>©CDU</sup>“ als Motiv,
- eine entsprechende Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle,
- Aufkleber mit dem Slogan „Zuversicht für Deutschland<sup>©CDU</sup>“.

Diese Materialien wurden den Verbänden für ihre Veranstaltungen im Rahmen einer Grundausstattung zur Verfügung gestellt. Das Plakat, die Broschüre, das Postkarten-Set und die Aufkleber konnten darüber hinaus über den Distributionspartner der CDU kostenpflichtig bestellt werden.

#### Online-Angebote

Im Rahmen der Aktionswoche wurden zur weiteren Unterstützung der Arbeit in den Verbänden und Vereinigungen und zur Präsentation der Halbzeitbilanz für die CDU-Verbände im Mitgliedernetz unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de) weitere Materialien angeboten:

- ein Leitfaden mit Veranstaltungsvorschlägen,
- eine Musterpresseerklärung,
- eine Musterrede,
- eine Musteranzeige,
- eine PowerPoint-Präsentation,
- ein Banner für Webmaster der CDU-Verbände.

### 3.5. Veranstaltungen zur Medienpolitik / MediaNight der CDU

Die MediaNight der CDU Deutschlands fand am 12. Juni 2007 im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin statt. Über 1 500 Gäste aus Politik, Wirtschaft und der Informations- und Kommunikationswirtschaft waren der Einladung gefolgt und diskutierten über aktuelle Trends und Perspektiven in der Medienbranche.

Nach der Eröffnungsrede durch den CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla und dem Grußwort des Staatsministers für Kultur und Medien, Bernd Neumann, fanden parallel vier Panels zu folgenden Themen statt:

- „Die Zeitung der Zukunft: Überlebensstrategien eines Leitmediums“
- „Internationale Anleger drängen in den TV-Markt: Wie reagieren wir darauf?“

- „Fernsehen, Internet, Handy: Störfaktor für unsere Bildungsziele?“
- „Mit Web 2.0 zu Musik 2.0?“

Im Anschluss an die Workshops sprachen die CDU-Parteivorsitzende, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, und der Chefredakteur und Moderator von RTL Television, Peter Kloeppel.

### 3.6. Weitere Veranstaltungen der Vorsitzenden und des Generalsekretärs der CDU Deutschlands

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, unterstützte nach dem 20. Parteitag in Dresden insgesamt 25 weitere Parteiveranstaltungen.

Dabei trat sie unter anderem auf vier Landesparteitagen auf und besuchte vier Bundestagungen von CDU-Vereinigungen und Sonderorganisationen. Zwei Termine fanden bei der Schwesterpartei CSU statt: Die Vorsitzende war Festrednerin beim 60. Jahrestag der CSA in Nürnberg und Ehrengast beim CSU-Parteitag in München.

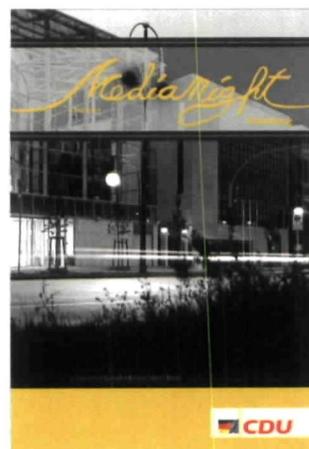
Weitere herausragende Veranstaltungen waren beispielsweise der schon traditionelle politische Aschermittwoch in Demmin mit mehr als 1 500 Besuchern sowie der Start der Dialog-Tour mit dem Generalsekretär vor dem Konrad-Adenauer-Haus. Besonders hervorzuheben sind zwei weitere Termine, die gemeinsam von der Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär bestritten wurden:

Am 19. April 2007 fanden in würdigem Rahmen die Feierlichkeiten zum 40. Todestag des ersten Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Bundeskanzlers, Dr. Konrad Adenauer, in Rhöndorf statt, die mit einer Heiligen Messe begannen. Danach folgte die Kranzniederlegung am Grab auf dem Waldfriedhof. Zum Abschluss folgte ein Empfang mit einer Ansprache der Vorsitzenden

im Haus der Stiftung Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Generalsekretär Ronald Pofalla nutzte das Jahr vor allem zu Gesprächen und Diskussionen mit den Parteigliederungen zum Grundsatzprogramm. Im Februar hielt er eine Grundsatzrede in Ahlen aus Anlass der Verabschiedung des Ahlener Programms vor 60 Jahren.

In Reden auf dem Landesparteitag Thüringen im Mai, auf der CDA Bundestagung im Juni, auf der Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU im Juni und bei der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU im November sowie auf Vorstandssitzungen der CDU-Landesverbände warb der Generalsekretär für das neue Grundsatzprogramm. Darüber hinaus stellte er den Grundsatzprogramm-Entwurf auf einer Reihe von Kreisparteitagen vor und griff die Anregungen und Ergänzungen der Mitglieder auf.



## 4. Wahlkämpfe



### 4.1. Unterstützung des Wahlkampfes für die Bremische Bürgerschaft

Zur Bürgerschaftswahl in Bremen am 13. Mai 2007 wurde der Landesverband von der CDU-Bundesgeschäftsstelle mit dem Bundesrednereinsatzprogramm unterstützt.

Insgesamt waren im Bremer Wahlkampf 11 Bundesredner aktiv, die insgesamt 16 Großveranstaltungen durchführten. Dazu gehörte auch eine Ausschwärmaktion des Präsidiums der CDU Deutschlands im Rahmen der Bundesvorstandsklausur in Bremen. Die Parteivorsitzende bestritt in Bremen den zentralen Neujahrsempfang des Landesverbandes, an dem mehr als 3 000 Gäste teilnahmen, sowie den Wahlkampfabschluss, der als Freiluftkundgebung auf dem Marktplatz stattfand. Der Generalsekretär trat im Wahlkampf bei insgesamt vier Terminen auf. Zusätzlich wurde in Bremen eine Sitzung der Grundsatzprogramm-Kommission unter der Leitung des Generalsekretärs durchgeführt.

### 4.2. Vorbereitende Maßnahmen für die Wahlkämpfe in Hessen, Niedersachsen und Hamburg 2008

Seit Anfang 2007 laufen die Koordinierungen zwischen der Bundespartei und den Landesparteien. Das betrifft u. a. die Vorbereitungen für den Bundesrednereinsatz und hier insbesondere die Termine der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, und des Generalsekretärs Ronald Pofalla.

## 5. Öffentlichkeitsarbeit

### 5.1. Mitgliedermagazin „Union“

Seit November 2006 gibt die CDU-Bundesgeschäftsstelle nach sechsjähriger Unterbrechung wieder ein eigenes Mitgliedermagazin „UNION“ heraus. Das Magazin wurde zunächst bis Ende 2007 wieder aufgelegt, um die Grundsatzprogramm-Diskussion zu begleiten. Mit dem Verlag BurdaYukom aus München hat die CDU einen erfahrenen Partner für das Vorhaben an der Seite.

Das 44 Seiten umfassende Magazin erscheint einmal im Vierteljahr in einer Auflage von 520 000 Exemplaren und wird an alle CDU-Haushalte versandt. Die erste Ausgabe erschien im vierten Quartal 2006. Das Magazin beinhaltet neben allgemeinen politischen Themen die Berichterstattung über Aktivitäten und Planungen der Partei. Außerdem wurden Kooperationen mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und der Konrad-Adenauer-Stiftung vereinbart.

### 5.2. Union in Deutschland (UiD)

Mit der Einführung des UNION-Magazins als Informationsmedium für alle Parteimitglieder wurde der Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands „UiD – Union in Deutschland“ von zuletzt 32 Print-Ausgaben pro Jahr ab Januar 2007 auf 4 Print-Ausgaben pro Jahr umgestellt, ergänzt durch einen ca. 14-tägig erscheinenden UiD-Newsletter. Mit der Einführung des UiD-Newsletters, der per E-Mail verschickt wird, können die Funktions- und Mandatsträger schneller und durch die Verlinkung mit den Internetangeboten auch umfangreicher als bisher informiert werden. Außerdem eröffnet der Newsletter die Möglichkeit, auf aktuelle Ereignisse zeitnah reagieren zu können. Für den UiD-Newsletter können sich alle

Funktions- und Mandatsträger der CDU unter [www.uid.cdu.de](http://www.uid.cdu.de) anmelden.

Der UiD enthält Informationen über aktuelle politische Ereignisse und gibt Argumentationshilfen zu wichtigen Sachfragen. Außerdem informiert der UiD über die jeweilige Beschlusslage der Partei und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und weist auf weiterführendes Material hin. Der UiD-Newsletter wird im Regelfall in jeder zweiten Ausgabe durch einen UiE-Newsletter ergänzt. In der Beilage „Union in Europa (UiE)“ berichten die Mitglieder der EVP und der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament über ihre Arbeit. Die gedruckten Ausgaben des UiD enthalten eine Dokumentation im Innenteil, in denen wichtige Beschlüsse und Reden im Wortlaut abgedruckt oder Gesetzentwürfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dokumentiert werden. Einmal im Jahr erscheint das Gesamtangebot aller aktuellen Informations- und Werbematerialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle als weiterer Sonderteil in Form einer Broschüre mit vierfarbigen Abbildungen.

Auflage des gedruckten UiDs: 18 000 Exemplare  
Bezieher: Funktions- und Mandatsträger.

### 5.3. Die Internetangebote der Bundespartei

Das Jahr 2007 stand ganz im Zeichen der Diskussion um das neue Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. Wie bereits im Bundestagswahlkampf 2005, spielte das Internet auch im Zuge der Programmdebatte eine wichtige Rolle, und zwar sowohl im Mitgliedernetz als auch im öffentlich zugänglichen Internetangebot. Dabei erwies sich die CDU erneut als Vorreiterin in Sachen Interaktivität: Als erste Partei in Deutschland bot sie in ihrem internen Mitgliedernetz Virtuelle Arbeitskreise an. In diesen speziell eingerichteten Foren konnten alle interessierten Parteimitglieder zeitlich und örtlich unabhängig ihre Anregungen und





Vorschläge in die Debatte einspeisen und diskutieren.

Im Rahmen unserer Newsletter-Abonnements „Pressemitteilungen“ sowie „Neues aus Berlin“ wurden die Bürgerinnen und Bürger im Berichtszeitraum regelmäßig über alles Wissenswerte aus Sicht der CDU Deutschlands informiert. Daneben pflegt die Bundesgeschäftsstelle auch per E-Mail einen engen Kontakt zu den Landes- und Kreisverbänden, indem sie schnell und umfassend neue Materialien, Sprachregelungen oder geplante Aktionswochen vor Ort bekannt macht.

#### **www.cdu.de**

Auf dem Dresdner Parteitag im Dezember 2006 stellte die Bundes-CDU im Rahmen ihrer Mitgliederwerbekampagne „Farbe bekennen, Mitglied werden.“ eine neue Fotoreihe vor: Mit den Porträts von Spitzenpolitikern aus ihren Jugendjahren wirbt die CDU um Neu-Mitglieder. Aus diesem Anlass wurde die Internetseite [www.mitglied-werden.cdu.de](http://www.mitglied-werden.cdu.de) optisch und inhaltlich aktualisiert. Über eine interaktive Funktion können seitdem Jugend-Porträts von Spitzenpolitikern der CDU per Mausklick aufgerufen werden.

Während der Grundsatzprogramm-Debatte bewährte sich [www.cdu.de](http://www.cdu.de) erneut als Informationsplattform und als Portalseite, über die alle speziellen Web-Angebote der CDU Deutschlands schnell und zuverlässig zu erreichen sind. Ab dem 26. April 2006, dem Tag der konstituierenden Sitzung der Grundsatzprogramm-Kommission, fand die Öffentlichkeit auf der Sonderseite [www.grundsatzprogramm.cdu.de](http://www.grundsatzprogramm.cdu.de) nicht nur wichtige Quellentexte zur Programmgeschichte der CDU, sondern auch acht zentrale Leitfragen, die die Debatte strukturierten, außerdem die Namen der Kommissionsmitglieder und eine Übersicht über die wichtigsten Termine. Entsprechend des jeweiligen Standes der Programmarbeiten wurde die Sonderseite ausgebaut: Inzwischen finden sich dort nicht nur Berichte über die Grundsatzprogramm-

Kongresse und Regionalkonferenzen, sondern auch die aktuellen Beschlüsse und inhaltlichen Beiträge der Kommissionsmitglieder.

Auch auf der Plattform [www.grundsatzprogramm.cdu.de](http://www.grundsatzprogramm.cdu.de) legte die CDU Wert auf Interaktivität. Während der Grundsatzprogramm-Diskussion konnten sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ideen, Vorschlägen und Anmerkungen zu Wort melden. Über ein Kontaktformular hatten sie die Möglichkeit, der CDU ihre „10 Zeilen für Deutschland“ zukommen zu lassen.

Ein Höhepunkt der Grundsatzprogramm-Debatte war die Dialog-Tour, die Generalsekretär Ronald Pofalla vom 15. bis 31. August 2007 durch ganz Deutschland führte. Dabei setzte die CDU Maßstäbe in Sachen Multimedialität: Die wichtigsten Ereignisse jedes einzelnen Tour-Tages wurden in einem fünfminütigen Video zusammengefasst.

Im Rahmen der Aktionswoche zur Halbzeitbilanz der unionsgeführten Bundesregierung war über [www.cdu.de](http://www.cdu.de) eine Sonderseite mit zentralen Informationen und Materialien zu erreichen. Unter dem Motto „Zuversicht für Deutschland“<sup>©CDU</sup> fanden die Nutzer hier unter anderem eine Broschüre mit den Erfolgen nach zwei Jahren Regierung Merkel, eine Wandzeitung, Aufkleber und Argumentationskarten.

Der Internetauftritt der CDU Deutschlands wird ergänzt durch eine eigene Website der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel. Seit dem 14. September 2007 erscheint [www.angela-merkel.de](http://www.angela-merkel.de) in einem neuen Layout, das vor allem die Person in den Mittelpunkt rückt. Eine umfangreiche Bildergalerie zeigt Angela Merkel in ihren verschiedenen Rollen als Bundeskanzlerin, Parteivorsitzende und Wahlkreisabgeordnete. Bei der Entwicklung des neuen Webauftritts [www.angela-merkel.de](http://www.angela-merkel.de) wurde besonderer Wert auf einen barrierefreien Zugang gelegt.

Dass sich [www.cdu.de](http://www.cdu.de) als die Kommunikationsplattform der CDU Deutschlands etabliert hat, zeigen auch die im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegenen Zugriffszahlen: Inzwischen verzeichnet die Homepage der Bundes-CDU im Durchschnitt monatlich 4,2 Millionen Seitenaufrufe, ein deutliches Plus von 900 000 Seitenaufrufen pro Monat gegenüber dem Jahr 2006.

#### **www.cdunet.de**

Das CDU-Mitgliedernetz hat auch im Jahr 2007 seine Bedeutung als wichtige und aktuelle Kommunikations- und Informationsplattform für CDU-Mitglieder unter Beweis gestellt.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten stand insbesondere die Information und Partizipation der CDU-Mitglieder rund um das neue Grundsatzprogramm. Neben den auf den öffentlichen Plattformen verfügbaren Materialien wurden im CDUnet für die Arbeit vor Ort u.a. bereitgestellt:

- interessante Hintergrundinformationen,
- druckfähige Datei des Grundsatzprogramm-Logos,
- druckfähige Fotos der Pressekonferenzen im Konrad-Adenauer-Haus und der Grundsatzprogramm-Kommission
- Banner mit dem Grundsatzprogramm-Logo für die Internetseiten der Verbände
- Musterrede "Grundsätze für Deutschland"

Neben der Grundsatzprogramm-Diskussion und der tagesaktuellen Berichterstattung über CDU-Neuigkeiten wurden im Rahmen der 2007 durchgeführten Kampagnen und Aktionen der CDU Deutschlands (z.B. Halbezeitkampagne "Zuversicht für Deutschland<sup>©CDU</sup>", Mitgliederwerbung) regelmäßig aktuelle Flugblätter, Hintergrundinformationen und Argumente, Rechtshinweise, Leitfäden für die Arbeit vor Ort, Power-Point-Vorlagen, Musterreden, Musterpressemittelungen und Musteranzeigen veröffentlicht.

#### **5.4. Mediaservice**

Der Mediaservice der CDU-Bundesgeschäftsstelle umfasst traditionell die Bereitstellung von Fotomaterial. 2007 wurde dieser Service erweitert sowie um einen Audio- und Video-Service ergänzt.

##### **Foto-Service**

Der Foto-Service der CDU-Bundesgeschäftsstelle wurde im Jahr 2007 deutlich ausgeweitet. Neben der Bereitstellung von Fotos über die CDU-Bilddatenbank [www.bilder.cdu.de](http://www.bilder.cdu.de) sind einige zusätzliche Serviceleistungen aufgenommen worden:

- Öffentliche Veranstaltungen in oder seitens der CDU-Bundesgeschäftsstelle (Parteitag, MediaNight, Regionalkonferenzen, Grundsatzprogramm-Konferenz in Hanau u.a.m.) wurden in einem größeren und professionelleren Rahmen als bisher durch Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle fotografisch dokumentiert.
- Es gab 2007 zum ersten Mal selbst durchgeführte umfangreiche Foto-Shootings für Werbematerial sowie für Reportagen in *UiD* und *UNION*-Magazin durch Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle.
- Die fotografische Berichterstattung der CDU Dialog-Tour im Sommer 2007 wurde ausschließlich durch eigenes Fotomaterial geleistet, welches innerhalb weniger Stunden nach den jeweiligen Terminen auch im Internet zum Download angeboten wurde.

Durch die deutliche Ausweitung eigener fotografischer Aktivitäten konnte dem Wunsch vieler CDU-Verbände und CDU-Vereinigungen nach kostenfreien und druckfähigen Fotos für deren Berichterstattung in eigenen Printprodukten und Internetangeboten gezielter und schneller nachgekommen werden. Da auf den Foto-Zukauf bei den Foto-Agenturen zu einem großen Teil verzichtet werden konnte, konnten Kosten in nennenswertem Umfang eingespart werden.



### Audio-Service

Seit dem 26. März 2007 können Audio-Mitschnitte von den Pressekonferenzen im Konrad-Adenauer-Haus über [www.cdu.de](http://www.cdu.de) abgerufen werden. Ein Service nicht nur für Journalisten, sondern für alle Bürger, die auf ungefilterte Informationen Wert legen.

### Video-Service

Dass das Thema Multimedialität für die CDU einen hohen Stellenwert besitzt, zeigt sich auch an anderer Stelle: Im Rahmen der Dialog-Tour konnte zum ersten Mal ein Video-Service angeboten werden. Die Aufzeichnungen des sogenannten Video-Tagebuches wurden spätestens am Vormittag des Folgetages eines stattgefundenen Termins über das Internet angeboten.

## 5.5. Werbematerialien

Nach fast 3 Jahrzehnten der Zusammenarbeit mit der Firma Arvato wechselte die CDU Deutschlands nach einer intensiven Markterkundung mit ihrem Versandhandelsgeschäft zum 1. April 2007 zu dem neuen Partner Portica. Mit den neuen Konditionen für die Logistikdienstleistung konnten die Angebotspreise trotz deutlicher Preissteigerungen seitens der Zulieferer und auf dem Energiemarkt stabil gehalten werden. Alle Parteigliederungen wurden frühzeitig und umfassend informiert. Der Versandbetrieb lief vom ersten Tag an reibungslos und zur Zufriedenheit aller Beteiligten.

### Online-Shop

Alle Werbematerialien der CDU – von politischen Informationen über Parteiarbeit und Werbemitteln bis zu den Angeboten der Vereinigungen – können über den Online-Shop im CDU-Mitgliedernetz unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de) bequem ausgewählt und bestellt werden. Darüber hinaus liegt seit Sommer 2007 ein aktualisiertes Gesamtangebot aller Werbematerialien der CDU Deutschlands in gedruckter Form vor.



## 5.6. CRM

Das 2005 eingeführte CRM-System ist im vergangenen Jahr weiter ausgebaut und intensiv getestet worden. Zusätzlich zu den bereits angeschlossenen vier Landesverbänden Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, beteiligen sich nun auch Hamburg, Hessen und Niedersachsen an dem System.

Durch die UBG wurde eine Schnittstelle mit der Zentralen Mitgliederdatei (ZMD) realisiert, so dass die vernetzten Verbände auch auf ihre jeweiligen Mitgliederdaten zugreifen können, um politische Kampagnen vorzubereiten und durchzuführen.

Mitarbeiter aus den Landesverbänden Hessen, Niedersachsen und Hamburg haben Kampagnenschulungen der Bundespartei besucht, um ihre Freiwilligen-Programme mit Unterstützung des CRM-Systems zu organisieren.

## 5.7. Team Bürgerservice

Im Konrad-Adenauer-Haus wurden die Aufgaben im Rahmen von CRM im vergangenen Jahr deutlich erweitert. Das inzwischen institutionalisierte „Team Bürgerservice“ realisiert nun, neben dem Auftrag zur besseren Bürgerbeziehung (CRM), auch bessere Beziehungen zu den Mitgliedern (MRM).

Elektronisch gestellte Bürgeranfragen können grundsätzlich in weniger als drei Arbeitstagen beantwortet werden. Auch kommen zahlreiche „gelbe Briefe“, Telefonate und Faxe hinzu, deren Anliegen so schnell wie möglich, auch im Problemfall mit Hilfe der politischen Fachreferenten, zufriedengestellt werden.

Darüber hinaus erledigt das Team Bürgerservice folgende Aufgaben:

- die Optimierung von Mitgliederadressen zur besseren Kommunikation (diese stehen via

- ZMD auch den Kreisverbänden zur Verfügung),
- die Steigerung von Kommunikations- und Kampagnenfähigkeit,
  - Gespräche mit Mitgliedern, die sich mit Austrittsgedanken tragen
  - die (Fortbildungs-) Schulungen innerhalb der CDU-Bundesgeschäftsstelle und der am System angeschlossenen Untergliederungen (Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und in Kürze Sachsen),
  - die „Amtshilfe“, d. h. Unterstützung der Untergliederungen, besonders im Wahlkampf.

Als Folge des Ende 2006 verliehenen „Convergence EMEA Customer Award“ für die beste Einführung des Systems im öffentlichen Bereich (Geschäftsfeld Europa, Mittlerer Osten, Afrika) konnte der Generalsekretär Ronald Pofalla am 24. April 2007 den Vorsitzenden von Microsoft World und Nachfolger von Bill Gates, Steve Ballmer, als Gast im Konrad-Adenauer-Haus begrüßen. Ballmer zeigte sich beeindruckt von der bisher bei der CDU geleisteten Arbeit.

Mit dem CRM-System hat die CDU ein Werkzeug an der Hand, das die Zielgruppenansprache noch deutlich schneller und effizienter macht. Es ist ein wichtiger Baustein der Kampagnenfähigkeit.

## 5.8. Mitgliederwerbekampagne

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat gemeinsam mit den Parteiverbänden im Rahmen der Kreisvorsitzendenkonferenz am 21. August 2006 die Mitgliederwerbekampagne „Farbe bekennen. Mitglied werden.“ gestartet.

Dabei wurde das bewährte Botschaftermodell aus der Kampagne 2003/2004 beibehalten, das Wertegerüst der CDU allerdings stärker in den Vordergrund gerückt. Denn Mitglied werden bei der CDU bedeutet, Farbe bekennen zu den Grundsätzen, für die die Partei steht. Deshalb ist die Mitgliederwerbekampagne auch ganz be-

wusst mit der Grundsatzprogramm-Debatte verbunden worden.

Es hat sich bewährt, auf die Mitglieder und ihr Engagement in den Orts- und Kreisverbänden zu setzen. Nur überzeugte Mitglieder können erfolgreich andere davon überzeugen, ebenfalls Mitglied zu werden.

Die Kampagne verlief bislang sehr erfolgreich. Mehr als 11 000 neue Mitglieder konnten seit Ende letzten Jahres in der Partei willkommen heißen werden. Dennoch reicht dies noch nicht aus, um insgesamt zu einer positiven Mitgliederentwicklung zu gelangen. Daher müssen die Bemühungen zur Mitgliederwerbung auf allen Ebenen der Partei weiter mit hoher Priorität betrieben werden.

### Bestandteile der Mitgliederwerbekampagne 2006/2007:

#### ■ Botschaftermodell

Die Werber fungieren als Botschafter der Partei. Kern der Kampagne bleibt die persönliche Ansprache vor Ort. Die Kreisverbände sind gebeten worden, zur Koordinierung der Mitgliederwerbepaktivitäten vor Ort einen Aktionsbeauftragten zu benennen.

#### ■ Materialien

- Leitfaden „Farbe bekennen. Mitglied werden.“
- Broschüre „Farbe bekennen. Botschafter werden.“
- Wandzeitung „Farbe bekennen. Mitglied werden.“
- Argumentationskarte Werbegespräch „Warum Mitglied werden?“
- Argumentationskarte Werbegespräch „So könnte es laufen“
- Faltblatt „Einwände gegen eine Mitgliedschaft und wie man sie entkräftet“
- Flugblatt „Fünf Gründe, warum Sie jetzt eintreten sollten“
- Faltblatt „Willkommen in der CDU“
- Imagebroschüre der CDU
- Broschüre Angela Merkel



**Farbe bekennen.  
Mitglied werden.**





Landes-Zukunft ist  
kommt nie aus der Mode.



Wir haben einfach ein  
Faible für Querwähler.



### ■ Fotoserie

Auf große positive Resonanz ist die Präsentation unserer Stellwände mit insgesamt 18 Fotos unserer CDU-Spitzenpolitiker aus ihren politischen Anfangsjahren auf dem 20. Parteitag in Dresden gestoßen; nicht nur bei den Parteitagsteilnehmern sondern auch in den Medien. Mit den Motiven wurde ein ungewohnter Blick auf einige CDU-Mitglieder eröffnet, die heute politische Verantwortung tragen. Jeder von ihnen hat seine individuelle Geschichte. Bei allen Unterschieden haben sie doch eines gemeinsam: Sie haben eine Tages Position bezogen und setzen sich seither für ihre Überzeugung ein.

Für die Kreisverbände gibt es die Motive als Booklet im Postkartenformat. Stellwände mit den Motiven wurden und werden den Landes- und Kreisverbänden leihweise für regionale Veranstaltungen zur Verfügung gestellt. Die Bilder sind auch im CDUnet eingestellt, so dass diese für regionale Anzeigen genutzt werden konnten. Des Weiteren ist eine Wandzeitung mit dem Motiv Ronald Pofalla angeboten worden.

### ■ Auszeichnung der erfolgreichsten Verbände

Um die erfolgreichsten Kreis- und Ortsverbände in der Mitgliederwerbung in angemessener Form auszuzeichnen, wird die Ehrung für den Bemessungszeitraum Oktober 2006 bis September 2007 im Rahmen eines gesonderten Termins in Berlin unter Teilnahme des Generalsekretärs der CDU Deutschlands durchgeführt.

### ■ Schulungsveranstaltungen

Von Oktober 2006 bis Januar 2007 wurden für alle Landesverbände insgesamt 10 Schulungen zur Mitgliederwerbung durchgeführt. Aktionsbeauftragte, Botschafter und an der Mitgliederwerbung Interessierte waren hierzu eingeladen. Mehr als 600 CDU-Mitglieder wurden über Zielrichtungen und Organisationen der Kampagne sowie die Durchführung von Werbegesprächen informiert. Die Referentenkosten wurden dabei vollständig von der Bundesgeschäftsstelle übernommen. In den nächsten Monaten werden weitere Aufbauschulungen mit

dem Schwerpunkt „Zielgruppenansprache“ durchgeführt.

### ■ Fragebogenaktion

Seit August 2006 wird dem Starterpaket der CDU-Bundesgeschäftsstelle an die Neumitglieder ein Fragebogen beigelegt, um auf diesem Weg das Angebot und die Betreuung weiter zu verbessern und noch stärker auf die Wünsche unserer Mitglieder abzustimmen. Mehr als 800 Neumitglieder haben diesen Fragebogen ausgefüllt zurückgesandt (Rücklaufquote 6,3 Prozent). Derzeit findet eine Auswertung dieser Fragebogenaktion statt.

### ■ Rückholaktion

Die Bundesgeschäftsstelle hat den Kreisverbänden angeboten, sich vor allem mittels persönlicher Telefonate um die Mitglieder zu kümmern, die ihren Austritt bekundet haben. Mehr als 400 solcher Telefonate sind seit Beginn des Jahres 2007 von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Parteizentrale geführt worden. Rund 20 Prozent der Mitglieder nahmen daraufhin ihren Austritt zurück. Die Kreisverbände sind über das Ergebnis der Telefonate informiert worden.

### ■ Ideenbörse im CDUnet

Aktionsvorschläge aus den Kreis- und Ortsverbänden können auch weiterhin an die E-Mail-Adresse [mitgliederwerbung@cdu.de](mailto:mitgliederwerbung@cdu.de) weitergegeben werden. Die Ideen werden von der Bundesgeschäftsstelle gesammelt und unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de) online gestellt.

### ■ „Initiative Mitmachen“

Der CDU-Kreisverband im Landkreis Barnim (Brandenburg) hat sich im August 2006 bereit erklärt, mit Unterstützung der Bundesgeschäftsstelle ein Modellprojekt zur Mitgliederwerbung innerhalb der Kampagne „Farbe bekennen. Mitglied werden.“ zu starten. Idee der „Initiative Mitmachen“ ist es, viele kleine Bürgerinitiativen von zeitlich begrenzter Dauer ins Leben zu rufen, um dort Menschen gezielt einzubinden, die der CDU (noch) nicht angehören. Die Verfolgung dieses mehrstufigen Ansatzes ist deswegen

sinnvoll, da in den Neuen Ländern aufgrund der größeren Zurückhaltung politisch interessierter Bürger, sich in einer Partei zu engagieren, erst schrittweise Vertrauen aufgebaut werden muss. Im Laufe der gemeinsamen Projektarbeit können dann aus diesen Unterstützern Mitglieder werden.

Dieses Projekt läuft sehr erfolgreich. Bisher sind 17 Initiativen entstanden. Einige Beispiele: Restaurierung von Denkmälern, Durchführung eines Fotowettbewerbs, Restaurierung eines Dorfbackofens, Säuberung von Spielplätzen, Sanierung von Schulen, Sanierung einer Badestelle, Anlegen von Wanderwegen und Erstellung eines regionalen Gourmetführers. Alle diese Initiativen sind unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de) online einsehbar.

Die Ergebnisse dieses Pilotprojektes wurden gesammelt und werden in Form eines Leitfadens anderen Verbänden zur Verfügung gestellt. Einzelne herausstechende Modellprojekte werden im Rahmen unseres Informationsstands zur Mitgliederwerbung auf dem 21. Parteitag in Hannover präsentiert.

#### ■ „Frauen gewinnen“

Im Rahmen unserer Mitgliederwerbekampagne wollen wir Bevölkerungsgruppen, die in der Mitgliedschaft der CDU Deutschlands derzeit unterrepräsentiert sind, gezielter ansprechen. So hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle gemeinsam mit der Frauen Union eine Aktion ins Leben gerufen, um mehr Frauen für die CDU zu interessieren und zur Mitarbeit in unserer Partei zu gewinnen. Die CDU ist bei der Beteiligung von Frauen schon ein gutes Stück vorangekommen: Die CDU stellt mit Angela Merkel die erste Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, und im Bundesvorstand der CDU gibt es fast gleich viele gewählte Beisitzerinnen wie Beisitzer. Dies ist ein großer Erfolg für die CDU und die Frauen in der CDU. Bei der Gewinnung von weiblichen Mitgliedern hat die CDU dennoch Nachholbedarf. Wir wollen daher mehr Frauen ermutigen, Mitglied zu werden und aktiv am politischen Geschehen mitzuwirken.

Den Startschuss zu dieser Aktion haben wir am 20. Juni 2007 in Berlin mit einer erfolgreichen Veranstaltung gegeben, an der neben politischen Repräsentantinnen aus der CDU aus allen Gliederungsebenen der Partei u. a. Generalsekretär Ronald Pofalla, die Vorsitzende der Frauen Union, Prof. Dr. Maria Böhmer, und die Bundesministerinnen Dr. Annette Schavan und Dr. Ursula von der Leyen teilgenommen haben. Mehr als 400 Gäste haben aus diesem Anlass das Konrad-Adenauer-Haus besucht.

Zur Begleitung dieser Aktion haben wir gemeinsam mit der Frauen Union ein umfangreiches Materialpaket entwickelt:

- Broschüre „Frauen gewinnen!“
- Argumentationskarte I „So könnte es laufen“
- Argumentationskarte II „Warum Mitglied werden?“
- Argumentationsleprello Werbegespräch „Einwände entkräften“
- Leitfaden „Ohne Frauen läuft nichts“ (online)
- Anhang zum Leitfaden/Aktionsvorschläge (online)
- Flugblatt „6 gute Gründe, warum Sie jetzt eintreten sollten“ (online)

Die gedruckten Materialien der Kampagne „Frauen gewinnen“ sind allen CDU-Kreisgeschäftsstellen und allen Kreisverbänden der Frauen Union in einer Grundausstattung kostenlos zur Verfügung gestellt worden.

Erste Erfolge sind sichtbar, der Frauenanteil bei den Neueintritten wächst stetig. Wichtig ist nun, dass die Kampagne mit entsprechenden Aktivitäten vor Ort weiter intensiv unterstützt wird.

#### ■ Ausblick

In Planung sind gemeinsame Zielgruppenaktionen mit der Jungen Union und der Senioren-Union, entsprechende Aktionsvorschläge und Argumentationskarten werden bereits zum 21. Parteitag in Hannover präsentiert werden können. Des Weiteren wird für das nächste Jahr eine Fortsetzung der Fotoserie 2006 konzipiert, in welcher besonders die



Funktions- und Mandatsträger stärker in den Mittelpunkt gerückt werden.

#### ■ Mitglieder- und Bürgerbeteiligung

Das Konrad-Adenauer-Haus hat zum 1. April 2007 auf Initiative des Generalsekretärs eine eigene Arbeitseinheit Mitglieder- und Bürgerbetreuung installiert, um auch auf diesem Wege deutlich zu dokumentieren, dass die Gewinnung und Bindung von Mitgliedern eine zentrale Aufgabe der politischen Arbeit der CDU auf allen Ebenen ist. Das Team besteht aus dem Beauftragten für Mitglieder- und Bürgerbetreuung, Herrn Frank Niebuhr, sowie Herrn Christian Roelen und Frau Regina Köpsell.

Wenn Sie sich an der Kampagne beteiligen möchten oder Fragen haben, können Sie sich gerne unter der Hotlinenummer 030 22070-110 oder der E-Mail-Adresse [mitgliederwerbung@cdu.de](mailto:mitgliederwerbung@cdu.de) an diese Arbeitseinheit wenden oder auf dem 21. Parteitag in Hannover unseren Stand zur Mitgliederwerbung besuchen.



## 5.9. Pressearbeit

Die umfassende mediale Begleitung der Arbeit am neuen Grundsatzprogramm stand im Jahre 2007 im Mittelpunkt der Tätigkeit der Pressestelle der CDU Deutschlands. Insbesondere der Grundsatzprogramm-Kongress in Hanau, die fünf Regionalkonferenzen, die Dialog Tour mit dem CDU-Generalsekretär, aber auch die laufende Arbeit der Grundsatzprogramm-Kommission fanden ein breites Echo in den überregionalen und regionalen Medien.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die laufende Pressearbeit mit Blick auf die relevanten bundespolitischen Themen sowie die Beratungen der Führungsgremien der Bundespartei. Die Pressestelle organisierte regelmäßig Pressekonferenzen, Pressestatements, Hintergrundgespräche und verfasste im Berichtszeitraum rund 100 Pressemitteilungen.

Darüber hinaus begleiteten die Mitarbeiter der Pressestelle die Parteivorsitzende und den Generalsekretär bei einer Vielzahl von öffentlichen und medienrelevanten Terminen. Von Bedeutung war auch die Betreuung von Journalisten bei den Veranstaltungen der Bundespartei in ganz Deutschland.

Die Pressestelle der CDU Deutschlands ist bundesweiter Ansprechpartner für alle Anfragen in- und ausländischer Medien. Sie pflegt täglich den Kontakt zu den Vertretern der Printmedien, der elektronischen sowie zu der zunehmenden Anzahl von Online-Medien. Sie ist darüber hinaus für die Beobachtung des Mediengeschehens sowie für die Erstellung der werktäglich erscheinenden Presseschau verantwortlich.

## 6. Interne Kommunikation und Service

### 6.1. Landesgeschäftsführer-Konferenz

Die Landesgeschäftsführer traten im Berichtszeitraum zweimal zusammen. Dabei standen folgende Themen auf der Tagesordnung:

- Grundsatzprogramm,
- Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft,
- Vorstellung Deutsch-Türkisches Forum,
- Mitgliederwerbekampagne,
- UNION-Magazin,
- Bericht über Arbeitsplanung Bundespartei,
- Bundesparteitag 2007,
- Vorbereitung Landtagswahlkämpfe 2008.

### 6.2. Kreisvorsitzenden-Konferenzen

Im Berichtszeitraum fanden fünf Kreisvorsitzenden-Konferenzen statt, jeweils im Vorfeld der Regionalkonferenzen zum Grundsatzprogramm:

- Berlin, Ullstein Halle:  
Landesverbände Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
- Stuttgart, Neue Messe:  
Landesverband Baden-Württemberg
- Hamburg, Neues Congress Center:  
Landesverbände Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein
- Essen, Gruga Halle:  
Landesverband Nordrhein-Westfalen
- Frankenthal, Congress Forum:  
Landesverbände Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen

### 6.3. Kreisgeschäftsführer-Seminar

Die Arbeit in der CDU und in den Kreisgeschäftsstellen hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert. Mitglieder bleiben der Partei nicht mehr automatisch über Jahrzehnte erhalten und die Anforderungen im Bereich der Kommunikation wachsen stetig. Die korrekte Umsetzung des Parteiengesetzes erfordert wachsende Sachkenntnis im Bereich von Recht und Finanzen.

Um die Arbeit vor Ort zu unterstützen, hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle vom 14. bis 16. November 2007 ein Grundlagenseminar für alle interessierten Kreisgeschäftsführerinnen und Kreisgeschäftsführer sowie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen durchgeführt. An diesem Seminar haben insbesondere Kolleginnen und Kollegen, die erst kurze Zeit in einer Geschäftsstelle tätig sind, teilgenommen. Über 60 Anmeldungen lagen der CDU-Bundesgeschäftsstelle vor; mehr als die Hälfte der Anmeldungen konnte im November berücksichtigt werden.

Der Stellvertretende Bundesgeschäftsführer der CDU Deutschlands, Ulf Leisner, begrüßte die Teilnehmer im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin, führte in das Seminar ein und stand für Gespräche zur Verfügung. Der Generalsekretär, Ronald Pofalla, gab einen Bericht über die politische Lage. Fortsetzung fand das Seminar mit Schwerpunktthemen wie rechtliche Grundlagen der Parteiarbeit, Fundraising und Parteienfinanzierung, Versicherungs- und Datenschutz, Mitgliederwerbung und -verwaltung sowie moderne Kommunikation. Außerdem bot sich eine gute Möglichkeit des Austauschs mit den Kolleginnen und Kollegen.

Vertraut gemachten werden konnten die Teilnehmer des Seminars auch mit den umfangreichen Service-Leistungen des Konrad-Adenauer-Hauses, die ihre Arbeit in vielen der genannten Bereiche erleichtern.



Aufgrund der großen Nachfrage an diesem Grundlagenseminar ist eine Wiederholung im Frühjahr nächsten Jahres geplant.



## Bremen

Freitag, 11. Mai 2007, 17.00 Uhr  
Marktplatz (Rathaus)

Ab 16.00 Uhr musikalisches Vorprogramm

### 6.4. Bundesrednereinsatz / Referentenvermittlung

Im Berichtszeitraum gingen bei der Bundesgeschäftsstelle zahlreiche Anfragen nach kompetenten Rednern und Referenten aus den Reihen der Bundesredner der CDU Deutschlands von bundesweiten Organisationen und politischen Verbänden ein. Die Bundesgeschäftsstelle konnte in fast allen Fällen CDU-Politiker als Redner bzw. Fachreferenten zu den gewünschten Themen vermitteln.



### 6.5. Besucherdienst im Konrad-Adenauer-Haus

Seit dem Umzug der CDU-Bundesgeschäftsstelle von Bonn nach Berlin im Juni 2000 haben ca. 1 720 Gruppen mit rund 69 700 Personen das Konrad-Adenauer-Haus besucht. Von Januar 2007 bis November 2007 besuchten rund 179 Gruppen mit schätzungsweise 6 800 Bürgern das Konrad-Adenauer-Haus. Der größte Teil der Besuchergruppen (90 Prozent) wird über die Wahlkreisbüros der Abgeordneten des Deutschen Bundestages organisiert und vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung finanziert. Drei Prozent der Besucher setzen sich aus jüngeren Altersgruppen (JU, RCDS, Schüler, Studenten) zusammen. Fünf Prozent der Besuchergruppen kamen aus den Bundesvereinigungen der CDU und den Kreis- bzw. Gemeindeverbänden. Von den Bundesvereinigungen besuchten uns, neben der bereits erwähnten Jungen Union, schwerpunktmäßig die Frauen Union und die Senioren Union. Die restlichen zwei Prozent der Besuchergruppen setzen sich aus Architekten oder Besuchern aus Volkshochschulen, Verbänden und Akademien zusammen.

## 7. Mitgliederentwicklung

### 7.1. Mitgliedschaft insgesamt

Am 30. September 2007 hatte die CDU Deutschlands 541 289 Mitglieder. Die statistische Auswertung beruht auf den in der Zentralen Mitgliederdatei (ZMD) erfassten Daten.

### 7.2. Mitgliedschaft nach Alter und Geschlecht

Alter	gesamt	Alte Länder	Neue Länder
16 – 24 Jahre	2,0 %	2,0 %	2,2 %
25 – 29 Jahre	3,0 %	2,9 %	3,3 %
30 – 39 Jahre	9,5 %	9,4 %	10,3 %
40 – 49 Jahre	16,4 %	16,0 %	20,2 %
50 – 59 Jahre	20,4 %	19,8 %	27,1 %
60 – 69 Jahre	23,7 %	23,9 %	21,0 %
70 – ... Jahre	24,7 %	25,6 %	15,7 %
ohne Angaben	0,4 %	0,4 %	0,3 %

Das Durchschnittsalter aller Mitglieder der CDU Deutschlands beträgt 56,0 Jahre. Das Durchschnittsalter der weiblichen Mitglieder liegt bei 57,2 Jahren und das der männlichen bei 55,6 Jahren.

In der CDU Deutschlands sind 25,4 Prozent der Mitglieder (137 259) weiblich und 74,6 Prozent (404 030) männlich. In den alten Ländern liegt der Frauenanteil bei 25,0 und in den neuen Ländern bei 28,7 Prozent. Bei den Neueintreten liegt der Frauenanteil bei 32,4 Prozent und soll über die Mitgliederwerbekampagne weiter gesteigert werden.

### 7.3. Mitgliedschaft nach Regionen

Landesverband	31.12.2005	31.12.2006	30.09.2007
Baden-Württemberg	78 901	77 014	75 726
Berlin	13 274	13 018	12 618
Brandenburg	6 951	6 731	6 681
Bremen	3 498	3 393	3 340
Hamburg	10 945	10 379	9 920
Hessen	51 249	49 943	48 958
Mecklenburg-Vorpommern	6 652	6 419	6 267
Braunschweig	7 159	7 163	6 878
Hannover	57 416	57 149	55 742
Oldenburg	13 870	13 790	13 600
Nordrhein-Westfalen	179 463	172 072	167 974
Rheinland-Pfalz	54 372	52 445	51 187
Saarland	21 781	21 165	20 955
Sachsen	14 622	13 942	13 546
Sachsen-Anhalt	9 405	9 030	8 599
Schleswig-Holstein	29 384	27 739	27 074
Thüringen	12 808	12 371	12 078
Auslandsverband	131	133	146
Gesamt	571 881	553 896	541 289

### 7.4. Mitgliedschaft nach Strukturen

Die CDU Deutschlands gliedert sich in 17 Landesverbände, 1 Regionalverband, 27 Bezirksverbände, 346 Kreisverbände und 11 701 Ortsverbände.

## 8. Politischer Arbeitskalender

### 1. Dezember 2006, Berlin

Medienpolitischer Expertenkreis

### 5. Dezember 2006, Berlin

Gespräch Generalsekretär Ronald Pofalla MdB mit den Umweltverbänden

### 11. Dezember 2006, Berlin

Sitzung des Präsidiums

Sitzung des Bundesvorstandes

Pressekonferenz mit Generalsekretär

Ronald Pofalla MdB

7. Plenarsitzung der Grundsatzprogramm-Kommission

### 12. bis 13. Januar 2007, Bremen

Klausurtagung des Bundesvorstandes

Sitzung des Präsidiums

Sitzung des Bundesvorstandes

Statement von Bundeskanzlerin Dr. Angela

Merkel MdB und dem schwedischen Ministerpräsidenten Frederik Reinfeldt

Pressekonferenz mit Bundeskanzlerin

Dr. Angela Merkel MdB, Generalsekretär Ronald Pofalla MdB und dem Spitzenkandidaten der CDU Bremen, Thomas Röwekamp

### 22. Januar 2007, Berlin

8. Plenarsitzung der Grundsatzprogramm-Kommission

### 29. Januar 2007, Berlin

Sitzung des Präsidiums

Sitzung des Bundesvorstandes

Pressekonferenz mit Generalsekretär Ronald Pofalla MdB

### 5. Februar 2007, Berlin

9. Plenarsitzung der Grundsatzprogramm-Kommission

### 12. Februar 2007, Berlin

Sitzung des Präsidiums

Pressekonferenz mit Generalsekretär Ronald Pofalla MdB

### 26. Februar 2007, Berlin

Sitzung des Präsidiums

Sitzung des Bundesvorstandes

Pressekonferenz mit Generalsekretär

Ronald Pofalla MdB

10. Plenarsitzung der Grundsatzprogramm-Kommission

### 2. März 2007, Berlin

Gemeinsame Tagung der Vorsitzenden von

BACDJ und der LACDJs mit dem rechtspoliti-

schischen Sprecher der Bundestags- und den rechts-

politischen Sprechern der Landtagsfraktionen

Sitzung des erweiterten BACDJ-Vorstands

### 12. März 2007, Berlin

Sitzung des Präsidiums

Pressekonferenz mit Generalsekretär

Ronald Pofalla MdB

### 13. März 2007, Berlin

Landesgeschäftsführer-Konferenz

### 19. März 2007, Berlin

Medienpolitischer Expertenkreis

### 21. März 2007, Berlin

Expertengespräch im Vorfeld der Kommission

„Bewahrung der Schöpfung: Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz“

### 23. bis 24. März 2007, Bremen

3. Klausurtagung der Grundsatzprogramm-Kommission

### 26. März 2007, Berlin

Sitzung des Präsidiums

Sitzung des Bundesvorstandes

Pressekonferenz mit Generalsekretär

Ronald Pofalla MdB

Konstituierende Sitzung der Kommission

„Solidarisches Bürgergeld“

**16. April 2007, Berlin**

Sitzung des Präsidiums  
 Pressekonferenz mit Generalsekretär  
 Ronald Pofalla MdB

**17. April 2007, Berlin**

Fachgespräch zur Grundsatzprogramm-  
 Diskussion mit Vertretern aus Wissenschaft und  
 Forschung, Generalsekretär Ronald Pofalla MdB  
 und Bundesministerin Dr. Annette Schavan MdB

**20. bis 21. April 2007, Zeuthen**

4. Klausurtagung der Grundsatzprogramm-  
 Kommission

**23. April 2007, Berlin**

Sitzung des Präsidiums  
 Sitzung des Bundesvorstandes  
 Pressekonferenz mit Generalsekretär  
 Ronald Pofalla MdB

**7. Mai 2007, Berlin**

Sitzung des Präsidiums  
 Pressekonferenz mit Generalsekretär  
 Ronald Pofalla MdB  
 11. Plenarsitzung der Grundsatzprogramm-  
 Kommission

**8. Mai 2007, Berlin**

Vorstellung des Entwurfs für das neue  
 Grundsatzprogramm  
 Pressekonferenz mit Generalsekretär  
 Ronald Pofalla MdB

**9. Mai 2007, Berlin**

Konstituierende Sitzung der AG Satzung

**13. Mai 2007, Berlin**

Bürgerschaftswahl in Bremen  
 Pressestatement von Generalsekretär  
 Ronald Pofalla MdB

**14. Mai 2007, Berlin**

Sitzung des Präsidiums  
 Sitzung des Bundesvorstandes  
 Pressekonferenz mit Bundeskanzlerin  
 Dr. Angela Merkel MdB und Thomas

Röwekamp,  
 Spitzenkandidat der CDU Bremen  
 Konstituierende Sitzung der Kommission  
 „Bewahrung der Schöpfung: Klima-,  
 Umwelt- und Verbraucherschutz“

**4. Juni 2007, Berlin**

Medienpolitischer Expertenkreis

**4. Juni 2007, Berlin**

Sitzung des Präsidiums  
 Pressekonferenz Generalsekretär  
 Ronald Pofalla MdB

**6. Juni 2007, Berlin**

Sitzung der AG Satzung

**12. Juni 2007, Berlin**

MediaNight 2007

**18. Juni 2007, Berlin**

Sitzung des Präsidiums  
 Sitzung des Bundesvorstandes  
 Pressekonferenz mit Generalsekretär  
 Ronald Pofalla MdB

**22. Juni 2007, Berlin**

12. Plenarsitzung der Grundsatzprogramm-  
 Kommission

**29. Juni 2007, Berlin**

Pressekonferenz zum Thema „Betriebliche  
 Bündnisse für Soziale Kapitalpartnerschaften“  
 mit dem Arbeitsminister von NRW, Karl-Josef  
 Laumann MdL und Bayerns Wirtschaftsminister  
 Erwin Huber MdL  
 BACDJ-Vorstandssitzung und Mitglieder-  
 versammlung

**1. bis 2. Juli 2007, Berlin**

Klausurtagung des Bundesvorstandes  
 Beschluss des Bundesvorstandes – Entwurf des  
 neuen Grundsatzprogramms

**2. Juli 2007, Berlin**

Pressekonferenz mit Bundeskanzlerin  
 Dr. Angela Merkel MdB und Generalsekretär

Ronald Pofalla MdB

Konstituierende Sitzung der Kommission „Neue Bundesländer – Stand der Deutschen Einheit“

**4. Juli 2007, Berlin**

Abschlussitzung der AG Satzung

**6. Juli 2007, Berlin**

Sitzung des Präsidiums

Pressekonferenz mit Generalsekretär

Ronald Pofalla MdB

**9. Juli 2007, Berlin**

Sitzung des Präsidiums

**20. Juli 2007, Berlin**

Telefon-Schaltkonferenz des Präsidiums

Pressekonferenz mit Generalsekretär

Ronald Pofalla MdB

**15. August 2007, Berlin**

Auftaktveranstaltung der Dialog-Tour mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB und Generalsekretär Ronald Pofalla MdB

**16. August 2007, Berlin**

Start der „Lehrstellenaktion 2007“

Pressekonferenz mit Generalsekretär Ronald Pofalla MdB und Bundesministerin Dr. Annette Schavan MdB

**20. August 2007, Berlin**

Sitzung des Präsidiums

Sitzung des Bundesvorstandes

Beschluss des Bundesvorstandes

„Kinderarmut in Deutschland bekämpfen – Chancengesellschaft leben“

Pressekonferenz mit Generalsekretär

Ronald Pofalla MdB

**30. August 2007, Hamburg**

Vorstellung der neuen Agenturpartner der CDU

Pressegespräch mit Generalsekretär

Ronald Pofalla MdB

**3. September 2007, Berlin**

Sitzung des Präsidiums

Pressekonferenz mit Generalsekretär

Ronald Pofalla MdB

**4. September 2007, Hanau**

2. Grundsatzprogramm-Kongress

**14. September 2007, Berlin**

Regionalkonferenz und Kreisvorsitzenden-Konferenz

**17. September 2007, Berlin**

Sitzung des Präsidiums

Sitzung des Bundesvorstandes

Pressekonferenz mit Generalsekretär

Ronald Pofalla MdB

**21. September 2007, Berlin**

Pressefrühstück zum Thema

„Mitarbeiterkapitalbeteiligung“

mit dem Arbeitsminister von NRW, Karl-Josef Laumann MdL und Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber MdL

**21. September 2007, Stuttgart**

Regionalkonferenz und Kreisvorsitzenden-Konferenz

**1. Oktober 2007, Berlin**

Sitzung des Präsidiums

Pressekonferenz mit Generalsekretär

Ronald Pofalla MdB

**12. Oktober 2007, Hamburg**

Regionalkonferenz und Kreisvorsitzenden-Konferenz

**16. Oktober 2007, Essen**

Regionalkonferenz und Kreisvorsitzenden-Konferenz

**18. Oktober 2007, Berlin**

Landesgeschäftsführer-Konferenz

**22. Oktober 2007, Berlin**

Medienpolitischer Expertenkreis

**22. Oktober 2007, Berlin**

Sitzung des Präsidiums  
Sitzung des Bundesvorstandes  
Pressekonferenz mit Generalsekretär  
Ronald Pofalla MdB

**25. Oktober 2007, Berlin**

Gesprächskreis der Oberbürgermeister von  
CDU und CSU

**26. Oktober 2007, Frankenthal**

Regionalkonferenz und Kreisvorsitzenden-  
Konferenz

**2. November 2007, Berlin**

Pressekonferenz mit Generalsekretär Ronald  
Pofalla MdB zur Vorstellung der Aktionswoche  
der CDU Deutschlands zur Halbzeitbilanz der  
Bundesregierung

**5. November 2007, Berlin**

Sitzung des Präsidiums  
Sitzung des Bundesvorstandes  
Sitzung der Kommission „Bewahrung der  
Schöpfung: Klima-, Umwelt- und  
Verbraucherschutz“  
Pressekonferenz mit Generalsekretär  
Ronald Pofalla MdB

**14. - 16. November 2007, Berlin, Wendgräben**

Kreisgeschäftsführer-Seminar mit  
Generalsekretär Ronald Pofalla MdB

**19. November 2007, Berlin**

Sitzung des Präsidiums  
Pressekonferenz mit Generalsekretär  
Ronald Pofalla MdB

**20. November 2007, Berlin**

Symposium der Kommission „Neue  
Bundesländer – Stand der Deutschen Einheit“

**30. November 2007, Berlin**

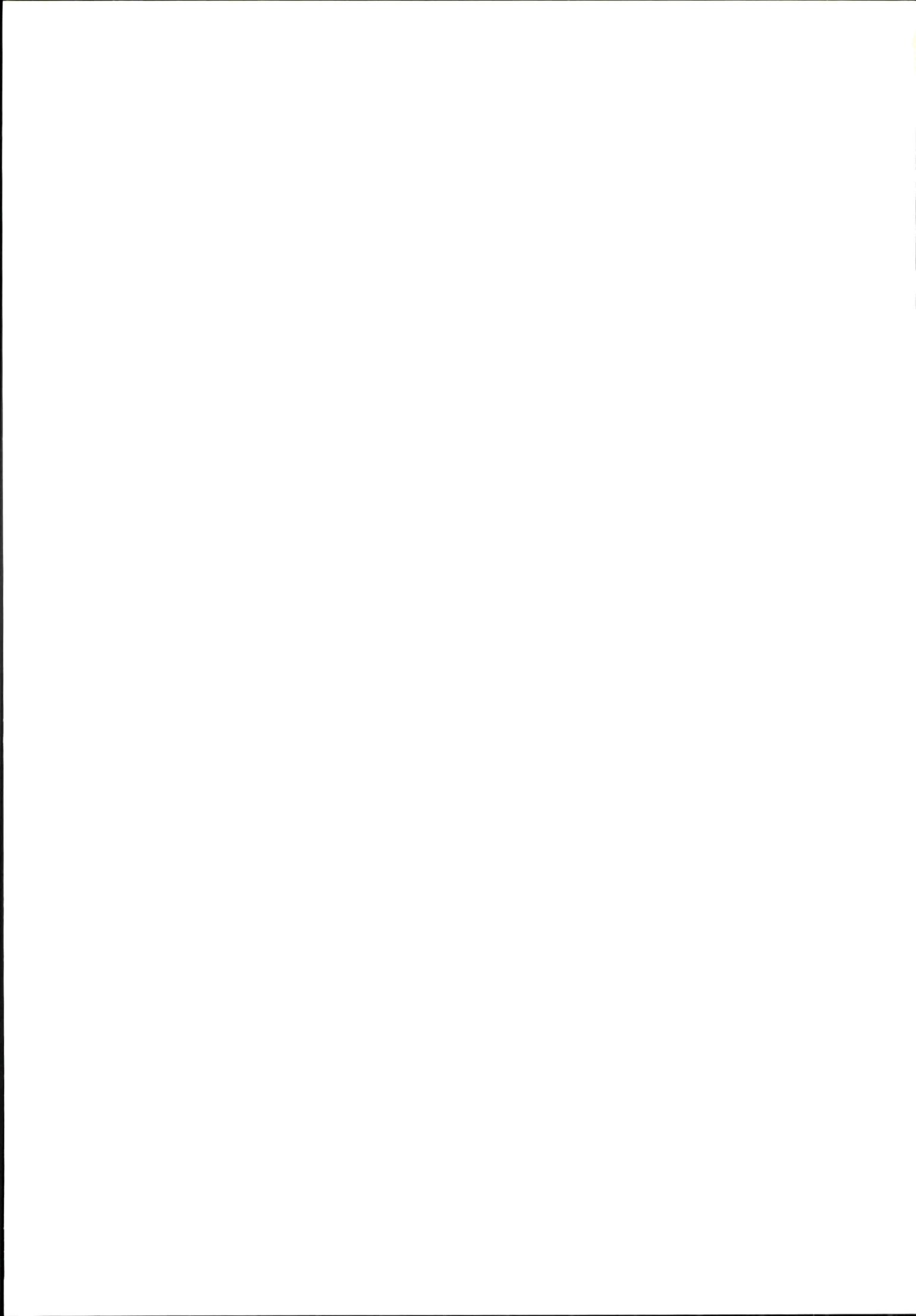
BACDJ-Vorstandssitzung und  
Mitgliederversammlung mit Neuwahl  
des Vorstands

**2. Dezember 2007, Hannover**

Sitzung des Präsidiums  
Sitzung des Bundesvorstandes

**3. bis 4. Dezember 2007, Hannover**

21. Parteitag in der Deutschen Messe Hannover



**Herausgeber**

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin  
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de | [www.cdu.de](http://www.cdu.de)